



Wohnsituation von Auszubildenden in Berlin

Zusammenhänge zwischen Berufsausbildung und Azubiwohnen

Emilia Fabiańczyk
Aylin Er

August 2024

Das Projekt „European Labour Lab Berlin“ wird aus Mitteln der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung gefördert.



Die angespannte Wohnungssituation in Berlin ist ein Thema, das nahezu alle Berliner (Neu-)Bürger*innen betrifft und stark abhängig ist von individuellen Beschäftigungsverhältnissen und/oder Ansprüchen auf staatliche Wohnkostenförderung.

Der Übergang von der Schule in den Beruf stellt für junge Menschen ohnehin eine große Herausforderung dar. Der Wunsch, finanziell unabhängig vom Elternhaus zu leben, geht oft mit der Suche nach eigenem Wohnraum einher. Doch Auszubildende, deren Ausbildungsvergütung den hohen Anforderungen des Berliner Wohnungsmarktes nicht gerecht wird, müssen in ihrer Ausbildungszeit oft Wohnsituationen hinnehmen, die ihren Bedarfen nicht entsprechen.

Angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels und des damit verbundenen Handlungsbedarfs beleuchtet die folgende Untersuchung den Einfluss der aktuellen

Wohnungssituation auf den Zugang zu und den Erfolg der Berufsausbildung junger Menschen.

Das Thema „Azubiwohnen“ rückt immer stärker in den Fokus politischer Entscheidungsträger*innen. Dieser Bericht bietet vor diesem Hintergrund eine erste Analyse der Bedarfe von Auszubildenden, Ausbildungsbetrieben und der Stadt Berlin in Bezug auf Azubiwohnen. Ziel ist es, der Politik, den Ausbildungsbetrieben und den Wohnungsbaugesellschaften eine Grundlage für zielgruppengerechte Maßnahmen bereitzustellen. Zu diesem Zweck werden die aktuelle Wohnsituation der Auszubildenden in Berlin sowie ihre Mobilitätsbereitschaft analysiert. Des Weiteren wird der aktuelle Stand des Azubiwohnens in Berlin, einschließlich geplanter, laufender und nicht umgesetzter Bauprojekte, dargestellt. Diese Bestandsaufnahme soll als Grundlage für weiterführende und vertiefte Untersuchungen dienen.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	3
1.1. Methodik.....	4
1.2. Fragestellungen und weiterer Analysebedarf	5
2. Die Wohnsituation von Auszubildenden in Berlin und ihr Einfluss auf die Berufsausbildung	7
2.1. Wohnsituation der Auszubildenden in Berlin.....	7
2.2. Mobilität von Auszubildenden in Berlin im Bundesvergleich.....	14
2.3. Gefährdete Ausbildung durch Wohnungsnot.....	18
2.4. Maßnahmen und Initiativen zur Wohnunterstützung von Auszubildenden	21
3. Azubiwohnen in Berlin	23
3.1. Bedarfe und Perspektiven in Berlin	23
3.2. Aktueller Stand des Azubiwohnens in Berlin	26
3.3. Aktuelle Maßnahmen der Wohnungsunternehmen für Auszubildende und geplante Wohnbauprojekte	32
4. Fazit und Ausblick	36
Literaturverzeichnis	38
Abbildungsverzeichnis	40
Tabellenverzeichnis	40

1. Einleitung

Die Förderung beruflicher Bildung spielt angesichts des wachsenden Fachkräftemangels eine immer zentralere Rolle und beeinflusst entscheidend die wirtschaftliche Entwicklung und Stabilität Berlins. Sowohl die schulische als auch die duale Ausbildung sind bewährte Grundlagen für die Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt. Auszubildende in Berlin sowie jene, die für eine Ausbildung nach Berlin ziehen möchten, stehen vor spezifischen Herausforderungen, die ihre berufliche Entscheidung und Entwicklung beeinflussen. In einer Stadt mit starkem Wohnungsmangel und hohen Mietpreisen ist die Wohnsituation der Auszubildenden ein besonders dringliches Thema.

Es wurden Maßnahmen ergriffen, um die Situation zu verbessern und Berlin zu einer attraktiven Ausbildungsstadt auszubauen. Ein zentrales Ziel der aktuellen Berliner Koalitionsvereinbarung lautet: „Es geht darum, Bildung und Ausbildung in unserer Stadt so zu gestalten, dass sie den Weg zu einem selbstbestimmten Leben für alle ebnen“ (Koalitionsvertrag 2023-2026: 5). Der Berliner Senat hat mit den landeseigenen Wohnungsunternehmen eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen, um mehr Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten bereitzustellen, die auf dem freien Markt keinen angemessenen Wohnraum finden (Land Berlin 2024). Das Berliner Bündnis für Ausbildung will bis Ende 2025 rund 2000 zusätzliche Ausbildungsverhältnisse in der Hauptstadt schaffen. Dies soll u. a. durch eine Verbesserung der (Wohn-)Situation von Auszubildenden und Fachschüler*innen erreicht werden (Koalitionsvertrag 2023-2026: 67).

Der vorliegende Bericht untersucht die Zusammenhänge zwischen der Wohnsituation und der Berufsausbildung von Auszubildenden in Berlin. Er analysiert die aktuelle Wohnsituation der Auszubildenden in Berlin einschließlich ihrer Mobilitätsbereitschaft. Auf Grundlage der gewonnenen Daten erfolgt eine erste Bedarfsanalyse für Auszubildende, Betriebe und die Stadt Berlin zum Thema Azubiwohnen. Des Weiteren werden der aktuelle Stand des Azubiwohnens in Berlin sowie geplante, laufende und nicht umgesetzte Bauprojekte analysiert. Der Bericht beleuchtet verschiedene Perspektiven und Herausforderungen im Bereich des Azubiwohnens, um eine fundierte Grundlage für weitere Untersuchungen zu schaffen.

1.1. Methodik

Die vorliegenden Ergebnisse stützen sich auf Interviews mit Ausbildungsbetrieben, Wohnungsbaugesellschaften, Anbietern von Jugendwohnen und der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung sowie auf verfügbare statistische Daten und Studien, ergänzt durch eine Social-Media-Analyse. Die meisten Gespräche und Interviews fanden per Videokonferenz statt und hatten eine durchschnittliche Dauer von etwa einer Stunde. Es handelte sich um leitfadengestützte Interviews. Dabei wurde der Fokus auf den Gesprächsverlauf und die Relevanz der Themen für die Befragten gelegt. Alle Interviews wurden aufgezeichnet und in Bezug auf die zentralen Fragestellungen des Berichts transkribiert und analysiert. Ergänzend zu den Online-Interviews und Gesprächen wurden die auch schriftlich beantwortet, deren Auswertung anhand einer systematischen Kategorisierung der Antworten erfolgte. Die interviewten Personen werden in der folgenden Tabelle aufgelistet:

Tabelle 1: Übersicht über 18 interviewte Personen

Interviewzeitraum: 01.05.2024-30.07.2024

Expert*in	Organisation	Art der Organisation
Deveci, Halis Han; Vorsitzender der Jugend- und Auszubildendenvertretung	Berliner Wasserbetriebe	Ausbildungsbetrieb
Anonym	Anonym	Ausbildungsbetrieb
Anonym	GESOBAU AG	Landeseigene Wohnungsbau-gesellschaft
Heß, Beatrice; Referentin Personalaufbau (schriftliche Antwort)	Deutsche Bahn	Ausbildungsbetrieb
Hust, Dirk; Hausleiter	Kolping Jugendwohnen Berlin-Oberschöne-weide gGmbH	Anbieter von Jugendwohnen
Mattes, Stefanie; Geschäftsführerin	Aufsteiger.org	Berufliches Mentoring-Programm für Jugendliche
Messall, Stephanie; Mitarbeiterin Marketing & Bewerbungsmanagement	Johannesstift Diakonie	Ausbildungsbetrieb
Metzkow, Kaspar; wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Strategie + Vernetzung	Fair mieten – Fair wohnen. Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt	Fach- und Beratungsstelle im Bereich Wohnen
Richter, Camilla; Gruppenleiterin der Arbeitsgruppe Jugendberufsagentur	Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung (SenASGIVA)	Senatsverwaltung

Expert*in	Organisation	Art der Organisation
Richter, Christin; Leiterin des Referates „Berufliche Bildung“	Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung (SenASGIVA)	Senatsverwaltung
Stammer, Alexandra; Geschäftspolitische Koordinatorin Projektentwicklung & Technisches Management (schriftliche Antwort)	Berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH	Landeseigene Wohnungsbaugesellschaft
Schubotz, Stefan; Ausbilder	Deutsche Telekom AG	Ausbildungsbetrieb
Stoklasek, Petra; Leitung Asset- und Portfoliomanagement	HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH	Landeseigene Wohnungsbaugesellschaft
Anonym	GESOBAU AG	Landeseigene Wohnungsbaugesellschaft
Anonym	Bildungszentrum für Pflegeberufe des DRK	Anbieter beruflicher Ausbildung im Bereich Pflegebildung
Weingerl, Ulrike; Mitarbeiterin People & Organization	Siemens AG	Ausbildungsbetrieb
Wittig, k.A.; Leiterin der Wohnungsfürsorge (schriftliche Antwort)	Polizei Berlin Polizeiakademie	Anbieter beruflicher Ausbildung einer öffentlichen Einrichtung
Vogler, Christine; Geschäftsführung	BBG Berliner Bildungscampus für Gesundheitsberufe gGmbH	Ausbildungsbetrieb

1.2. Fragestellungen und weiterer Analysebedarf

Im Rahmen der durchgeführten Interviews wurden Fragen zu den qualitativen und quantitativen Bedarfen der Auszubildenden; den Rahmenbedingungen und den möglichen Umsetzungsstrategien gestellt:

- Wie groß ist der Bedarf an Azubiwohnheimen in Berlin?
- Würden Wohnzuschüsse oder Wohngeld die Wohnsituation der Auszubildenden ausreichend verbessern oder sind Wohnheime gewünscht?
- Welche Form von Azubiwohnangeboten wird den Grundbedarfen von Auszubildenden weitestgehend gerecht?
- Wie hoch ist die Mobilitätsbereitschaft der Auszubildenden?
- Welche konkreten Umsetzungsstrategien sollte die Politik, gemäß des verbindlichen Koalitionsvertrages, in die Wege leiten?

- Welche Vorteile bzw. Nachteile hat ein gewerbliches Modell wie das Azubiwerk Hamburg gegenüber einem ganzheitlichen Modell, das auch Beratung und Unterstützung bietet?

Der vorliegende Bericht zielt darauf ab, eine erste Bestandsanalyse zu liefern und den weiteren Forschungsbedarf zu definieren. Angesichts der heterogenen Ausgangssituationen der Auszubildenden sind einheitliche Aussagen schwer zu treffen. Um präzisere Daten zu erhalten, wäre eine umfassende Umfrage unter Berliner Auszubildenden und relevanten Akteuren erforderlich, die die unterschiedlichsten Bedarfe der Auszubildenden je nach Branche sowie Größe der Ausbildungsbetriebe untersucht.

2. Die Wohnsituation von Auszubildenden in Berlin und ihr Einfluss auf die Berufsausbildung

2.1. Wohnsituation der Auszubildenden in Berlin

Allgemeine Lage auf dem Berliner Wohnungsmarkt

Die Wohnsituation der Auszubildenden in Berlin hängt eng mit der allgemeinen Lage auf dem Berliner Wohnungsmarkt zusammen. Diese ist seit Jahren angespannt und von einer begrenzten Verfügbarkeit an (bezahlbarem) Wohnraum geprägt, was sie zu einem zentralen Thema der öffentlichen Debatte macht.

Nach Angaben von Statista betrug die Leerstandsquote des Wohnraums in Berlin im Jahr 2022 nur 0,3 %. Das verdeutlicht die große Knappheit von verfügbarem Wohnraum. Zum Vergleich: Im Jahr 2003 lag die Leerstandsquote noch bei 5,1 %. In Brandenburg betrug die Leerstandsquote 2022 etwa 4,2 %, deutschlandweit lag sie im selben Jahr bei rund 2,5 % (Statista 2024a). Diese regionalen Unterschiede zeigen, dass die angespannte Wohnsituation in Berlin eine besondere Herausforderung darstellt. Diese wirkt sich erheblich auf die Mietpreise und die Erschwinglichkeit des Wohnens aus.

Zudem zeigen die Mietpreise in Berlin einen kontinuierlichen Aufwärtstrend. Im ersten Quartal 2024 lag der durchschnittliche Mietpreis bei etwa 14,93 Euro pro Quadratmeter, im Vergleich zu 12,92 Euro pro Quadratmeter im Vorjahr. Das entspricht einem Anstieg von etwa 15,6 %. Über einen Zeitraum von zehn Jahren stiegen die Mietpreise um ganze 93,9 % (ebd.).

Die aktuelle repräsentative bundesweite Studie „Jugend in Deutschland“ untersuchte die größten Sorgen von jungen Menschen im Alter zwischen 14 und 29 Jahren. Nach Inflation und der Angst vor einem Krieg steht überteuerter Wohnraum an dritter Stelle (Schnetzer et al. 2024: 11). Expert*innen aus der Bauwirtschaft begründen damit den großen Handlungsbedarf (Wirtschaftskraft 2024). Steigende Mietpreise sind einer der Gründe dafür, dass mindestens ein Drittel der Haushalte, insbesondere kleinere (v. a. Einpersonenhaushalte) und größere (ab vier Personen), nicht in der Lage sind, sich eigenständig auf dem Wohnungsmarkt zu versorgen (asum 2024: 2).

Wohnungssuche und -finanzierung gestaltet sich besonders für junge Menschen schwierig

Besonders für Geringverdienende, darunter viele Auszubildende, gestaltet sich die Wohnungssuche in Berlin äußerst schwierig. Kaspar Metzkow, Wohnexperte und Mitautor der oben zitierten Studie der Angewandten Stadtforschung und Mieterberatung (asum), betont:

„Junge Menschen sind dringend auf günstige Mieten angewiesen, doch sie konkurrieren oft erfolglos mit besser verdienenden Bevölkerungsgruppen. Ein zentrales Problem besteht darin, dass der Großteil des verfügbaren Wohnraums auf Haushalte mit 2-3 Personen zugeschnitten ist und nicht auf einzelne Studierende oder Auszubildende, die sich solche Mieten nicht leisten können“ (Kaspar Metzkow, Fair mieten – Fair wohnen. Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt).

Zwar wurde die Berechtigung auf einen Wohnberechtigungsschein (WBS) in Berlin ausgeweitet, sodass nun mehr junge Menschen einen Anspruch darauf besitzen. Doch in der Praxis kann die Ausweitung des WBS zu einer erhöhten Konkurrenz um die begrenzten Sozialwohnungen¹ führen (asum 2024: 30). Junge Menschen, insbesondere Auszubildende und Studierende, sind davon besonders betroffen, da sie verstärkt mit besserverdienenden WBS-Berechtigten um Wohnraum konkurrieren müssen. Expert*innen warnen vor dem „Creaming“-Phänomen, bei dem Vermieter*innen bevorzugt besserverdienende WBS-Inhaber*innen auswählen, um Mietausfälle zu vermeiden. Während spezielle Wohnungen für besonders Bedürftige existieren, stehen Menschen mit WBS 160 % oder 180 % in Konkurrenz mit denen mit WBS 220 %²³. Dies verschärft die Wohnsituation vor allem für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen, insbesondere Zwei- und Drei-Personen-Haushalte, weiter (asum 2024: 30). Kaspar Metzkow führt aus:

„Die Studierenden gehören eher zu den Menschen, die jetzt mehr Konkurrenz bekommen. Das betrifft auch Azubis oder junge Leute, die noch zur Schule gehen und bereits einen eigenen Haushalt führen“ (Kaspar Metzkow, Fair mieten – Fair wohnen. Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt).

Die Mindestausbildungsvergütungen in Berlin (siehe Tabelle unten) reichen oft nicht aus, um die Kosten für eine Wohnung oder ein Zimmer in einer WG zu decken. Laut der Auswertung des Moses-Mendelsohn-Instituts von wg-gesucht.de betrug der Durchschnittspreis für ein WG-Zimmer in Berlin im Jahr 2023 640 Euro (studis-online.de 2024). Bei einer Mindestausbildungsvergütung von 649 Euro im ersten Ausbildungsjahr wird die finanzielle Belastung deutlich. Dies zwingt viele Auszubildende dazu, neben ihrer Ausbildung zusätzliche Jobs anzunehmen. Diese Situation wird von Vertreter*innen großer Ausbildungsbetriebe in Berlin bestätigt, die darauf hinweisen, dass ihre Auszubildenden Nebenjobs benötigen, um finanziell über die Runden zu kommen.

Tabelle 2: Mindestausbildungsvergütung im 1. Lehrjahr in den letzten fünf Jahren.

Quelle: Deutsche Handwerkszeitung 2024

Ausbildungsbeginn im Jahr	Mindestausbildungsvergütung im 1. Ausbildungsjahr pro Monat
2020	515,00 Euro
2021	550,00 Euro
2022	585,00 Euro
2023	620,00 Euro
2024	649,00 Euro
2025	Jährliche Anpassung an die durchschnittliche Entwicklung aller Ausbildungsvergütungen

1 Aktuell gibt es etwa 93.500 (statista 2024b) Sozialwohnungen in Berlin.

2 WBS 160: Für mit einkommensorientierten Zuschüssen geförderte neue Sozialwohnungen. Das Einkommen liegt innerhalb der Einkommensgrenzen gemäß § 9 Absatz 2 WoFG plus 60 Prozent.

WBS 180: Ein Teil der fertiggestellten oder zukünftigen Sozialwohnungen kann mit einem Einkommen bezogen werden, das die Einkommensgrenzen aus § 9 Absatz 2 WoFG um bis zu 80 Prozent überschreitet.

WBS 220: Ein Teil der fertiggestellten oder zukünftigen Sozialwohnungen kann mit einem Einkommen bezogen werden, das die Einkommensgrenzen aus § 9 Absatz 2 WoFG um bis zu 120 Prozent überschreitet (Quelle: SenSBW 2024).

Auszubildende haben unter bestimmten Voraussetzungen Anspruch auf Berufsausbildungsbeihilfe (BAB). Diese kann dazu beitragen, die finanzielle Belastung bei der Wohnungssuche zu verringern, indem sie einen Teil der Mietkosten übernimmt. Jedoch reicht auch die BAB in vielen Fällen nicht aus, um die hohen Mieten in Berlin vollständig abzudecken.

Auf die besondere Herausforderung der Auszubildenden, in Anbetracht ihres verfügbaren Einkommens Wohnraum zu finden, weist auch Halis Han Deveci, der Jugend- und Auszubildendenvertreter der Berliner Wasserbetrieben hin:

„Ein Grund, warum viele meiner Kolleginnen und Kollegen keine Wohnung finden, ist das Einkommen, das eine große Rolle spielt. Man hat keinen Einkommensnachweis, der ausreichend ist. In der Ausbildung ist der Einkommensnachweis keine wirkliche Garantie, dass man sich die Miete leisten kann“ (Halis Han Deveci, Berliner Wasserbetriebe).

Auch Stephanie Messall von der Diakonie findet, dass junge Menschen ohne zusätzliche Unterstützung, beispielsweise seitens der Familie, kaum Chancen haben, allein zu wohnen und sich selbst zu finanzieren:

„Es ist dringend erforderlich, dass der Wohnraum für Azubis erschwinglicher wird. Für junge Menschen ist es nahezu unmöglich, ohne Unterstützung allein in Berlin zu leben“ (Stephanie Messall, Johannesstift Diakonie).

Die angespannte Lage und der Mangel an bezahlbarem Wohnraum stellen auch eine Herausforderung für Ausbildungsbetriebe dar, die ihre Nachwuchskräfte sichern wollen. Dies wird am Beispiel der Antwort der Berliner Polizei auf die schriftliche Anfrage von Minor deutlich hervorgehoben:

„Angesichts der äußerst angespannten Lage des Wohnungsmarktes in Berlin stellt die Lokalisierung und Anmietung bezahlbaren Wohnraums die größte Herausforderung für die Nachwuchskräfte der Polizei Berlin dar. Dies betrifft insbesondere Mitarbeitende, die für Ausbildung oder Studium aus anderen Bundesländern nach Berlin ziehen“ (Polizei Berlin, Polizeiakademie, Antwort auf eine schriftliche Anfrage von Minor).

Im Zusammenhang mit der Schaffung von Wohnangeboten für Auszubildende verabschiedete der Landesausschuss für Berufsausbildung am 21. September 2023 Empfehlungen, dass die Miethöhe in den geförderten Wohnangeboten die Einkommenssituation berücksichtigen muss (SenASGIVA 2023). Welche Auswirkungen diese Empfehlungen auf die Entwicklung des Wohnangebotes für Azubis haben könnte, wird zu beobachten sein.

Gesonderte Wohnungsprekarität von migrantischen Azubis

Die Verfügbarkeit von erschwinglichem Wohnraum stellt also eine bedeutende Herausforderung für junge Menschen in Berlin dar. Besonders betroffen von dieser Problematik sind Auszubildende mit Flucht- bzw. Migrationsgeschichte, die zusätzliche Schwierigkeiten beim Finden einer geeigneten Wohnung haben. Dirk Hust von Kolping Jugendwohnen hebt die prekäre Lage auf dem Wohnungsmarkt in diesem Kontext hervor:

„Die Wohnungssituation spitzt sich von Jahr zu Jahr zu. Die Hälfte der verfügbaren Wohnungen ist zu teuer, und es gibt mehr als genug Bewerber*innen. Die meisten jungen Menschen

bei uns haben in irgendeiner Form Migrationshintergrund, was es noch schwieriger macht, eine Wohnung zu finden. Das wird zwar nicht offen gesagt, aber es ist so“ (Dirk Hust, Kolping Jugendwohnen).

Einer der Ausbildungsbetriebe, mit denen wir gesprochen haben, beschäftigt viele Geflüchtete. Berichten ihrer Mitarbeiter*innen zufolge, gestaltet sich die Wohnungssuche besonders schwierig für diejenigen, die in Geflüchtetenunterkünften leben. Diese Schwierigkeit wirkt sich auch negativ auf ihre Ausbildung aus:

„Besonders Geflüchtete, die in Heimen wohnen, suchen schon seit Jahren nach einer Wohnung, und das ist schwierig, wenn jemand in einem Heim wohnt und ständig Kinder über den Flur schreien. Das ist schwer, sich auf die Ausbildungsinhalte zu fokussieren und zu lernen. Deshalb ist das Thema von besonderer Relevanz“ (Anonym, ein Berliner Ausbildungsbetrieb).

Die Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt dokumentierte im Jahr 2023 insgesamt 147 Beratungsfälle, wobei rassistische Diskriminierung in über drei Vierteln der Fälle eine Rolle spielte (Fair mieten – Fair wohnen 2023: 5). Viele der Diskriminierungsfälle bleiben jedoch unentdeckt und es ist allgemein bekannt, dass Menschen mit ausländisch klingenden Namen bei den Einladungen zu Wohnungsbesichtigungen seltener eingeladen werden. Es ist anzunehmen, dass geflüchtete oder migrantische Auszubildende, die in der Regel Geringverdienende sind, auf dem Wohnungsmarkt besonders benachteiligt werden. Da in der Statistik der Fachstelle nicht ersichtlich ist, ob und inwieweit diese Fälle auch Auszubildende betreffen, wäre eine detaillierte Untersuchung zur spezifischen Diskriminierung von Auszubildenden auf dem Wohnungsmarkt erforderlich. Eine solche Untersuchung könnte weiterführende Erkenntnisse zu den Herausforderungen und Bedarfen dieser Gruppe in Bezug auf (Azubi-)Wohnangebote liefern.

Berliner Auszubildende im Elternhaus, Zugezogene in der Peripherie

Zur konkreten Wohnsituation der Berliner Auszubildenden gibt es derzeit noch keine aussagekräftigen Statistiken. In den Interviews mit Expert*innen großer Berliner Ausbildungsbetriebe wurde jedoch bestätigt, dass die Mehrheit der Auszubildenden, deren Eltern in Berlin oder in der nahen Umgebung leben, weiterhin im elterlichen Haushalt wohnt. Für diejenigen, die von außerhalb Berlins kommen, handelt es sich hauptsächlich um Pendler*innen aus anderen Bundesländern, vor allem Brandenburg, oder Personen, die Wohnraum in Berlin, häufig am Stadtrand, gefunden haben und lange Fahrtwege in Kauf nehmen müssen. Frau Heß, Mitarbeiterin der Deutschen Bahn, verdeutlicht diese Situation:

„Die aktuelle Wohnsituation ist für viele Azubis bei uns eine große Herausforderung. Der überwiegende Teil der Azubis, die aus Berlin kommen, wohnt noch bei ihren Eltern. Hinzugezogene wohnen in WGs oder kleinen Wohnungen, oft am Stadtrand mit Fahrzeiten bis zu einer Stunde vom Wohn- zum Ausbildungsort“ (Beatrice Heß, Deutsche Bahn, Antwort auf eine schriftliche Anfrage von Minor).

Aktuelle Wohnform versus Wunschvorstellung

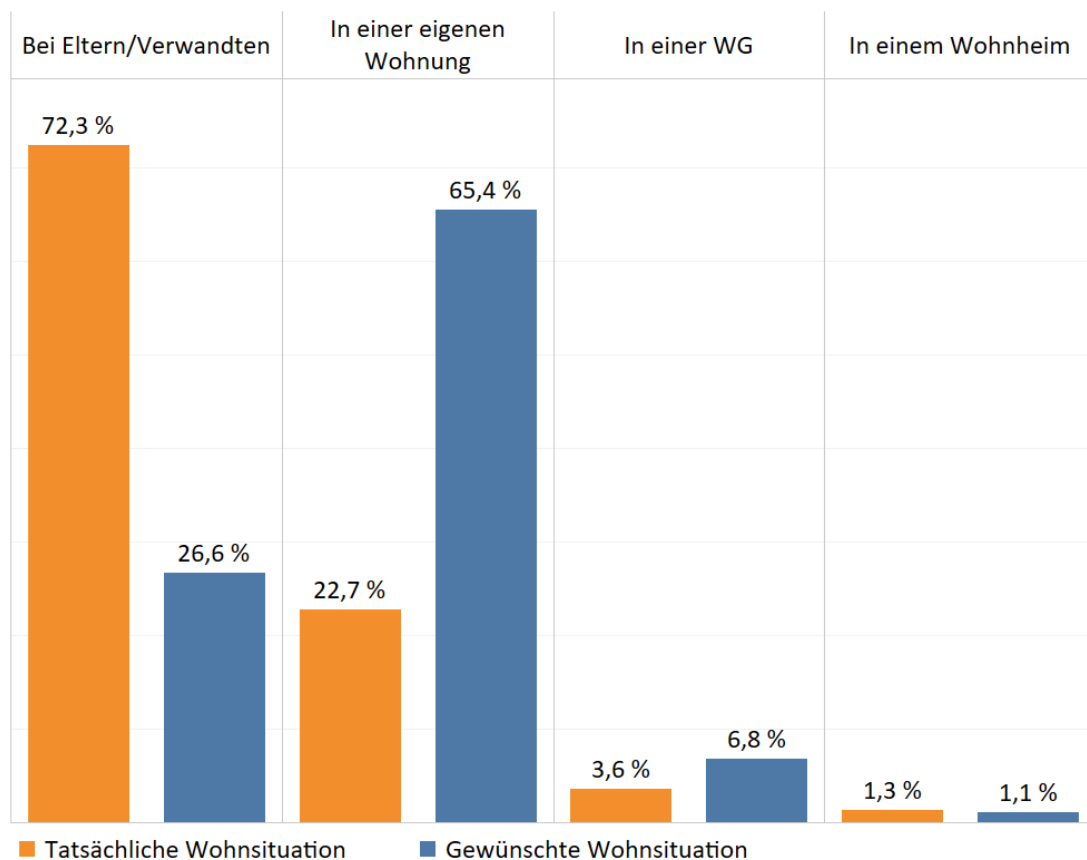


Abbildung 1: Gewünschte und tatsächliche Wohnsituation von Auszubildenden in Deutschland im Jahr 2020

Quelle: Statista 2024c

Laut einer Umfrage des Ausbildungsreports des DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) aus dem Jahr 2020 für Deutschland gaben rund 72 % der befragten Auszubildenden (über 12.000 Personen) an, dass sie aktuell bei ihren Eltern oder Verwandten wohnen. Lediglich 26,6 % der Befragten gaben an, dass dies ihre gewünschte Wohnform sei. Mit 65,4 % wünschte sich die Mehrheit der Befragten, in einer eigenen Wohnung wohnen zu können.

Dies bestätigen auch die Vertreter*innen der Berliner Ausbildungsbetriebe, die in den Interviews auf die Diskrepanz zwischen aktueller und gewünschter Wohnform hinweisen. Eine Fachkraft vom Bildungszentrum für Pflegeberufe des DRK erläutert:

„Viele, die zu uns kommen, wohnen noch zu Hause und möchten gerne ausziehen. Besonders die Jüngeren, die bereits 18 bis 20 Jahre oder etwas älter sind, wollen von zu Hause ausziehen. Das ist natürlich sehr schwer“ (Anonym, Bildungszentrum für Pflegeberufe des DRK).

Stefanie Mattes von Aufsteiger.org ergänzt:

„Was deutlich wird ist, dass die Jugendlichen Einschnitte hinnehmen müssen und eine Wohnsituation wählen, die nicht ihren Wunschvorstellungen entspricht und zudem mehr

Selbständigkeit ermöglichen würde. Was definitiv nicht bestätigt werden kann ist, dass Jugendliche anspruchsvoller werden und z. B. nicht in einer WG o.Ä. leben möchten“ (Stefanie Mattes, Aufsteiger.org).

Der Wohnexperte Kaspar Metzkow beobachtet kritisch die zunehmende Tendenz, länger im Elternhaus zu bleiben:

„Der unfreiwillige Verbleib im Elternhaus kann zu Problemen führen, darunter lange Fahrstrecken. Besonders drastisch ist das in belastenden oder sogar gefährlichen Familienkonstellationen. Eine eigenständige Versorgung mit Wohnraum ist wegen fehlender Wohnheimplätze und einem angespannten Markt oft nur auf informellem Wege möglich. Junge Menschen begeben sich dabei in prekäre Wohnsituationen, beispielsweise ohne schriftlichen Mietvertrag, ohne Möglichkeit zur Wohnungsanmeldung oder in nicht genehmigter Untermiete. Durch die fehlenden Wohnalternativen und die hohe Unsicherheit kommt es auch hier zu Abhängigkeiten und im schlimmsten Fall zum Missbrauch des Machtgefälles durch die Wohnungsgebenden oder Mitbewohnenden“ (Kaspar Metzkow, Fair mieten – Fair wohnen. Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt).

Aktuell wohnen lediglich 1,3 % der befragten Auszubildenden in einem Wohnheim, und ein ähnlich geringer Anteil äußert den Wunsch, in einer solchen Einrichtung zu leben. Obwohl sich die Daten des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) auf ganz Deutschland und nicht spezifisch auf Berlin beziehen, bieten sie einen ersten Einblick in die Wohnpräferenzen der Auszubildenden. Diese Daten deuten darauf hin, dass die Mehrheit der Befragten eine eigene Wohnung bevorzugt. Nur wenige scheinen die Möglichkeit, in einem Wohnheim untergebracht zu werden, als attraktiv zu betrachten.

Entfernung und Fahrtzeit zum Ausbildungsbetrieb

Eine Sonderauswertung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) auf Anfrage von Minor bietet wertvolle Einblicke in die Entfernung und Fahrtzeit von Berliner Auszubildenden zu ihrem Ausbildungsbetrieb bzw. zu ihrer Ausbildungsstätte.

Die Daten zeigen, dass ein Großteil der Berliner Auszubildenden Strecken von 11 bis 20 Kilometern zurücklegt, während deutschlandweit im Vergleich zu Berlin ein größerer Anteil der Auszubildenden Distanzen von 21 bis 50 Kilometern zurücklegt. Bundesweit ist die größte Gruppe der Auszubildenden (28,9 %) jedoch weniger als 5 Kilometer unterwegs. Ungefähr die Hälfte der Auszubildenden in Deutschland (inkl. Berlin) hat eine Entfernung von weniger als 10 Kilometern zu ihrem Ausbildungsbetrieb bzw. zu ihrer Ausbildungsstätte. Nur ein kleiner Anteil der Auszubildenden bundesweit bewältigt Entfernungen von 51 bis 100 Kilometern.

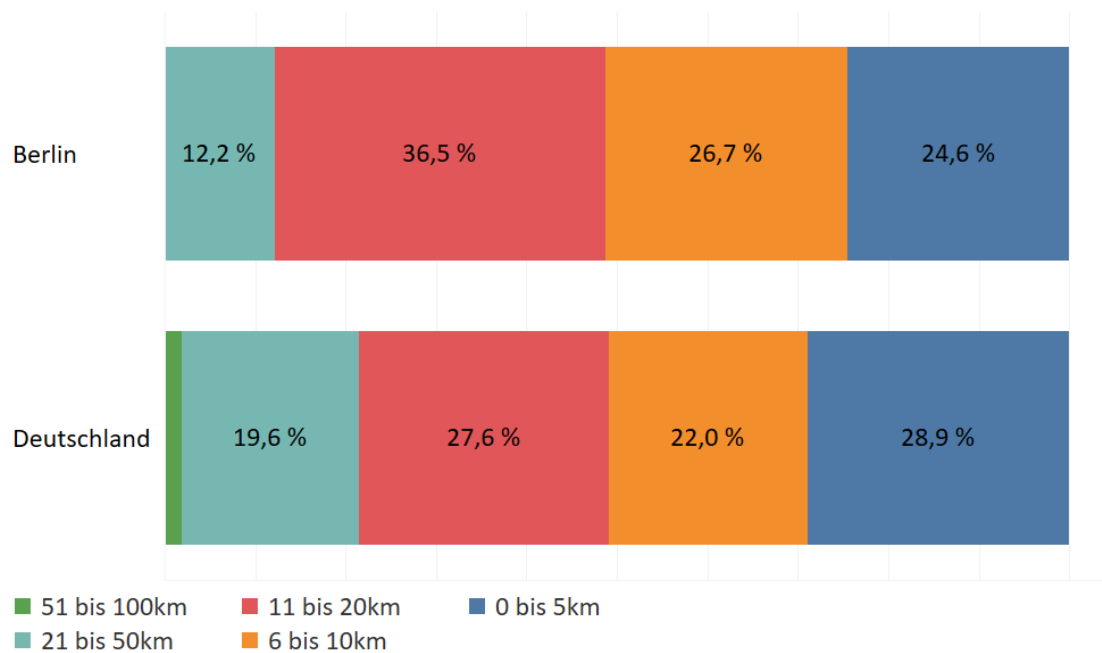


Abbildung 2 Entfernung zu dem Ausbildungsbetrieb/der Ausbildungsstätte von Auszubildenden in Berlin und bundesweit.

N (Berlin/Deutschland) = 71/2963. Daten gewichtet. Eigene Darstellung nach BIBB 2024b © Minor

Im bundesweiten Vergleich haben Berliner Auszubildende im Durchschnitt längere Fahrzeiten zu ihren Ausbildungsbetrieben bzw. Ausbildungsstätten. Ein erheblicher Teil der Berliner Auszubildenden (40,1 % im Vergleich zu 24,8 % bundesweit) benötigt zwischen 31 und 60 Minuten für den Arbeitsweg und weitere 11,8 % sogar mehr als eine Stunde (im Vergleich zu 5,2 % bundesweit). Mehr als zwei Drittel der Auszubildenden bundesweit haben hingegen kurze Wege zu ihrem Ausbildungsbetrieb, die sich auf weniger als 30 Minuten beschränken (69,9 %). Dies trifft auf etwas weniger als die Hälfte der Berliner Auszubildenden zu (48,0 %).

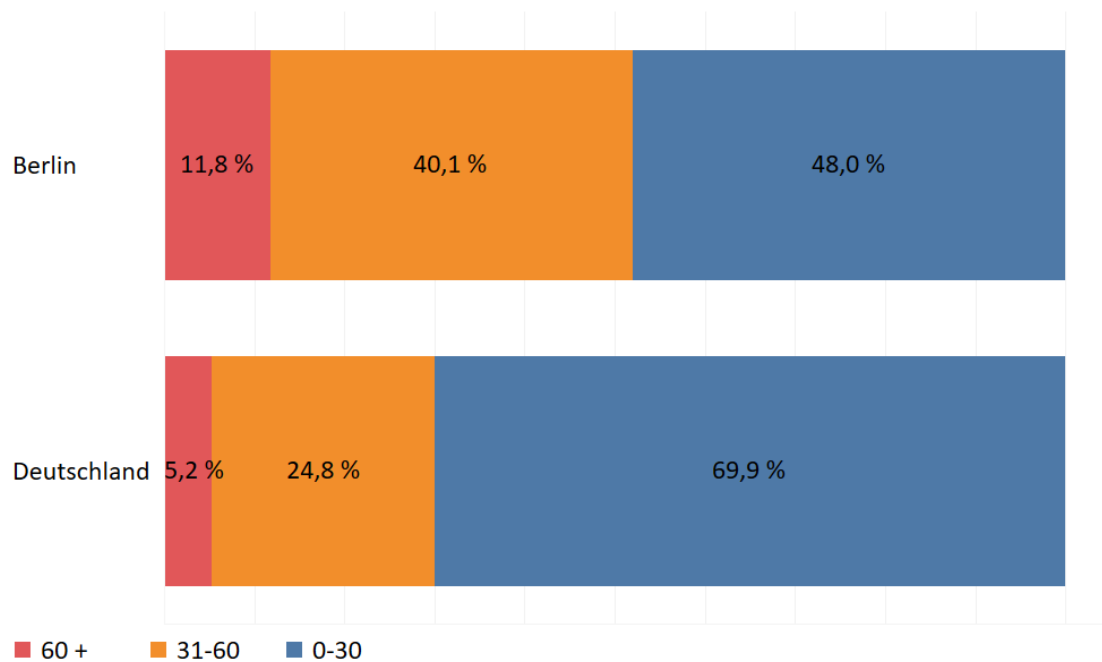


Abbildung 3: Länge des täglichen Weges zu dem Ausbildungsbetrieb/der Ausbildungsstätte von Auszubildenden in Berlin und bundesweit.

N (Berlin/Deutschland) = 71/2963. Daten gewichtet. Eigene Darstellung nach BIBB 2024b © Minor

Diese Diskrepanz zwischen Entfernung und Fahrzeit deutet darauf hin, dass Berliner Auszubildende trotz kürzerer Entfernungen längere Fahrtzeiten in Kauf nehmen müssen, was auf Verkehrsstaus oder weniger effiziente Verkehrsverbindungen hinweisen könnte. Diese Problematik sollte bei der Diskussion über die Schaffung von Wohnangeboten für Auszubildende berücksichtigt werden.

Genauere Bedarfsermittlungen und zielgruppenorientierte Planung von Wohnangeboten in Berlin sollten nicht nur Entfernungen und Fahrtzeiten der aus anderen Bundesländern pendelnden Auszubildenden als Indikator heranziehen, sondern auch die innerstädtischen Fahrtzeiten von Auszubildenden, die in Berlin wohnen, mitberücksichtigen. Darüber hinaus wäre es sinnvoll, den Zusammenhang zwischen der Entfernung bzw. der Fahrtzeit zwischen Wohn- und Ausbildungsort und der Zufriedenheit mit der Ausbildung sowie der Ausbildungsabschlussquote zu untersuchen. Eine gezielte Befragung unter Auszubildenden zu Auswirkungen der Pendelwege auf ihre Zufriedenheit und ihren Ausbildungserfolg könnte den Wohnbedarf besser ermitteln und zur Entwicklung bedarfsgerechter Maßnahmen beitragen.

2.2. Mobilität von Auszubildenden in Berlin im Bundesvergleich

Die Mobilität von Auszubildenden beeinflusst die Balance von Angebot und Nachfrage auf dem lokalen Ausbildungsmarkt. Wenn Jugendliche die Möglichkeit haben, Ausbildungsplätze sowohl in ihrer Heimatregion als auch in anderen, teils attraktiveren Regionen anzutreten, können regi-

onale Disparitäten ausgeglichen werden (BIBB 2024a). Im Folgenden wird das Aus- und Einpendeln von und nach Berlin mit den Aus- und Einpendlerquoten anderer Bundesländern verglichen und analysiert.

Einpendeln und Auspendeln im Zusammenhang mit der Berufsausbildung

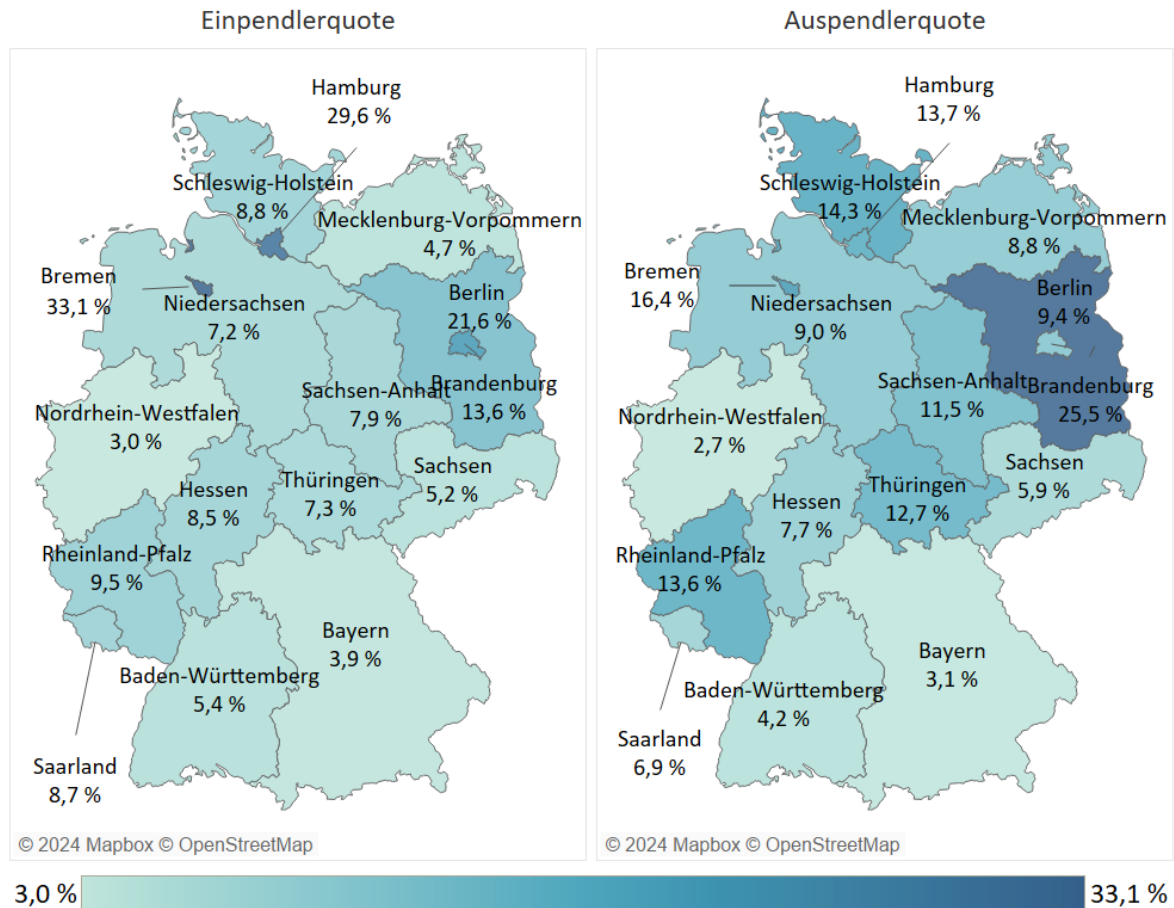


Abbildung 4: Länderübergreifende Einpendler- und Auspendlerquote.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (hier Auszubildende) zum 30.09.2022 nach Wohn- und Arbeitsort; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung im Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2024, eigene Darstellung nach BIBB 2024a © Minor

Die Einpendlerquote bezieht sich im Kontext der Berufsausbildung auf den Anteil der Personen, die für ihre Ausbildung in eine bestimmte Region pendeln. Im Fall Berlins beträgt die Einpendlerquote 21,6 %. Das heißt, etwas mehr als ein Fünftel der Personen, die ihre Ausbildung in Berlin absolvieren, haben ihren Wohnsitz außerhalb von Berlin. Nach den Stadtstaaten Bremen und

Hamburg (33,1 %; 29,6 %) liegt Berlin damit in Bezug auf die Einpendlerquoten auf dem dritten Platz.

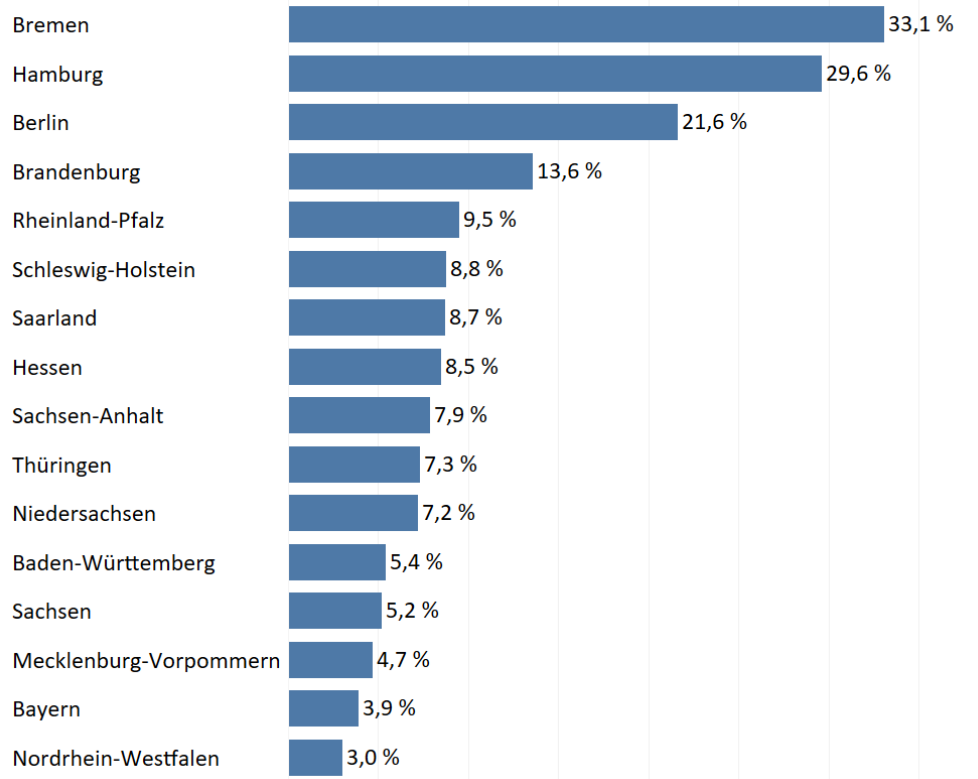


Abbildung 5: Einpendlerquote nach Bundesland.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (hier Auszubildende) zum 30.09.2022 nach Wohn- und Arbeitsort; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung im Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2024, eigene Darstellung nach BIBB 2024a © Minor

Dies verdeutlicht die große Attraktivität und Bedeutung von großen Städten wie Berlin als Anziehungspunkte für Arbeit und Ausbildung für Menschen aus den benachbarten Regionen.

Die Auspendlerquote im Kontext der Berufsausbildung bezieht sich auf den Anteil der Personen, die in einem Bundesland wohnen, ihre Ausbildung jedoch in einem anderen Bundesland absolvieren. In Brandenburg ist diese Quote am höchsten, gefolgt von Bremen mit 16,4 %. Überdurchschnittlich viele Brandenburger*innen absolvieren ihre Ausbildung außerhalb ihres Wohnbundeslandes. Es ist anzunehmen, dass ein Großteil dieser Auszubildenden nach Berlin pendelt, da die Hauptstadt aufgrund ihrer geografischen Nähe und der guten Verkehrsanbindung besonders attraktiv für Brandenburger*innen ist. Im Vergleich dazu haben die benachbarten Bundesländer Sachsen und Sachsen-Anhalt eine deutlich niedrigere Einpendlerquote von 5,2 % beziehungsweise 7,9 %, was diese These unterstützt.

Schaut man sich das Saldo Einpendler*innen – Auspendler*innen an, sieht man, dass Berlin nach Hamburg das höchste Plus-Saldo hat (Hamburg +7524 Personen, Berlin +6939 Personen), während Brandenburg das höchste Minus-Saldo in der Bundesrepublik verzeichnet. Das heißt, die

Differenz zwischen den Personen, die für eine Ausbildung nach Berlin einpendeln und denjenigen, die aus Berlin auspendeln, ist sehr groß. Dies stellt für Berlin einerseits gute Voraussetzungen dar, passende Bewerber*innen für die ausgeschriebenen Ausbildungsplätze zu finden, andererseits verschärft es das bereits bestehende Versorgungsproblem Berlins und erhöht den Wettbewerb in bestimmten Berufen.

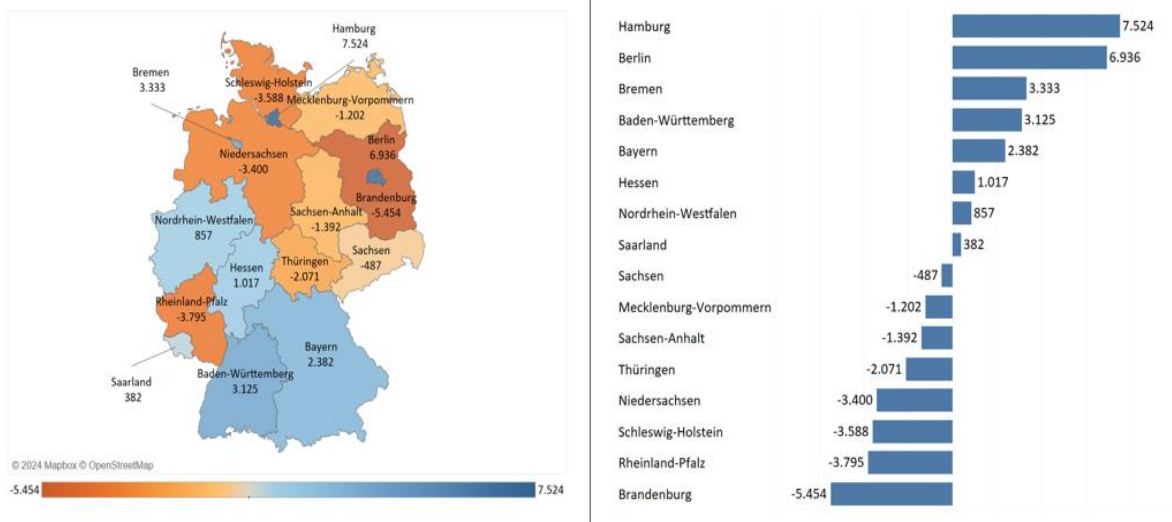


Abbildung 6: Saldo Einpendler*innen – Auspendler*innen.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (hier Auszubildende) zum 30.09.2022 nach Wohn- und Arbeitsort; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung im Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2024, eigene Darstellung nach BIBB 2024a © Minor

Ein Blick auf das Saldo Einpendler*innen-Auspender*innen auf der Karte im Bundesvergleich zeigt, dass die südwestlich gelegenen Bundesländer, in denen die Wirtschaft besser entwickelt ist, tendenziell positive Saldi aufweisen. Dies kann ein Zeichen dafür sein, dass in diesen Bundesländern ausreichend attraktive Möglichkeiten für Ausbildung vorhanden sind, sodass keine Notwendigkeit besteht, in ein anderes Bundesland auszupendeln. Eine Ausnahme bildet Rheinland-Pfalz. Das könnte zum einen an der relativ geringen Anzahl an Großstädten liegen. Zudem findet möglicherweise ein Auspendeln in benachbarte Länder wie Belgien, Luxemburg oder Frankreich statt.

*Pendler*innen stehen vor größeren Herausforderungen*

Die im vorigen Abschnitt beschriebenen Daten weisen darauf hin, dass ein erheblicher Anteil der Personen, die ihre Ausbildung in Berlin absolvieren, ihren Wohnsitz in Brandenburg hat. Für diese Auszubildenden bedeutet das Pendeln oftmals lange Fahrtwege, insbesondere angesichts der Größe Berlins und der Tatsache, dass Berufsschulen und Ausbildungsbetriebe nicht unbedingt nah beieinander liegen. Die Präsenz wird von den meisten Ausbildungsbetrieben erwartet. Die befragten Interviewpartner*innen großer Ausbildungsbetriebe in Berlin weisen auf die zusätzlichen Belastungen und Verzichte hin, die mit dem Pendeln einhergehen:

„Einige wohnen in Brandenburg und pendeln täglich ein bis eineinhalb Stunden. Ja, es ist schwierig, wenn jemand zu spät kommt, weil die Regionalbahn ausgefallen ist. Da kann man

nicht sagen, dass die Person schuld ist. Wenn sich das über drei Jahre wiederholt, verpassen die Auszubildenden vieles“ (Anonym, ein Berliner Ausbildungsbetrieb).

„Unsere Pendler haben es schwerer - die Züge sind nicht immer zuverlässig und oft überfüllt, sodass sie dort nicht lernen können. Sie müssen noch viel mehr Lebenszeit in ihre Ausbildung investieren und können nicht so am sozialen Leben teilnehmen wie die, die sich spontan nach der Arbeit in Berlin verabreden können. Sie sind halt manchmal ein bisschen außen vor“ (Ulrike Weingerl, Siemens).

Manche Betriebe, wie bspw. die Telekom, erwarten von den Auszubildenden, eine Meldeadresse in Berlin bzw. Brandenburg zu haben, um noch längere Anfahrtszeiten zu vermeiden, die möglicherweise zu Ausfällen oder sogar zu vorzeitigen Ausbildungsbeendigungen aufgrund unzumutbarer Fahrtwege führen könnten:

„Die meisten wohnen noch in ihrem Elternhaus, es gibt auch welche, die von weiter weg kommen und pendeln, z. B. aus Potsdam oder kleineren Dörfern und Städten in Brandenburg. Wir fordern jedenfalls sowohl von den Azubis als auch von den Studierenden, dass sie eine Meldeadresse in Berlin/Brandenburg haben, bevor sie ihr Studium bzw. ihre Ausbildung bei uns anfangen [...]. Wir sind streng darin, dass die Leute hier wohnen müssen, wenn sie bei uns lernen. Es geht nicht alle ins Homeoffice zu schicken, sie müssen vor Ort sein“ (Stefan Schubotz, Deutsche Telekom).

2.3. Gefährdete Ausbildung durch Wohnungsnot

Nichtannahme von Ausbildungsplätzen aufgrund fehlender Wohnungen

Die befragten Mitarbeitenden der Ausbildungsbetriebe berichten in den durchgeführten Interviews von der Herausforderung, dass Ausbildungsplätze trotz erfüllter Voraussetzungen und großem Interesse der Bewerber*innen häufig kurzfristig abgelehnt werden. Der Grund hierfür ist nicht selten der Mangel an geeignetem Wohnraum. Frau Heß von der Deutschen Bahn erläutert:

„Der fehlende Wohnraum ist zunehmend ein Grund dafür, einen Ausbildungsplatz abzulehnen“ (Beatrice Heß, Deutsche Bahn, Antwort auf eine schriftliche Anfrage von Minor).

Auch Siemens bestätigt den spürbaren Einfluss des angespannten Wohnungsmarktes auf die kurzfristige Nichtaufnahme von Ausbildungsplätzen:

„Dass die Situation auf dem Wohnungsmarkt angespannt ist, merken wir natürlich auch beim Recruiting. Auszubildende bewerben sich von weiter her, möchten gerne nach Berlin kommen – es ist ja auch eine tolle Stadt –, aber sie springen dann kurzfristig ab, weil sie keine Wohnung finden [...]. Deshalb versuchen wir bereits im Vorfeld zu prüfen, welche Wohnmöglichkeiten es gibt, weil es sich sonst manchmal einfach nicht umsetzen lässt“ (Ulrike Weingerl, Siemens).

Die Johannesstift Diakonie teilt diese Erfahrung:

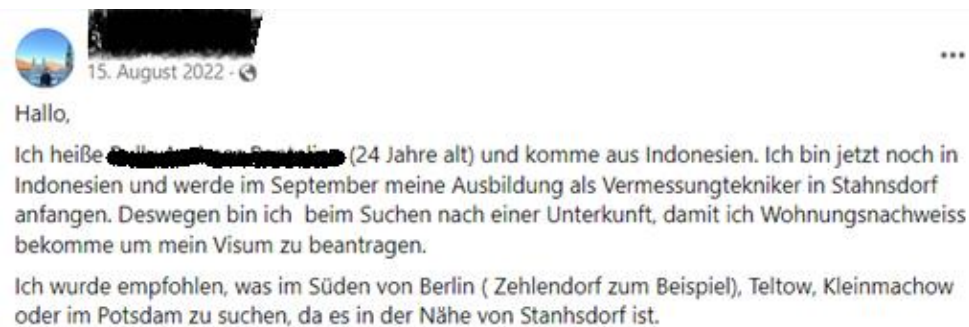
„Es kommt häufig vor, dass Jugendliche von außerhalb Berlins Interesse an einer Ausbildung bei uns haben, aber aufgrund der Wohnungssituation in Berlin zögern oder sich dagegen

entscheiden. Dies möchten wir möglichst vermeiden“ (Stephanie Messall, Johannesstift Diakonie).

Junge Menschen in Wohnungsnot suchen oft nach Unterkünften in sozialen Medien wie Facebook-Gruppen. In ihren Beiträgen wird die langwierige Suche nach passendem Wohnraum sowie die damit verbundene Frustration deutlich. Ein besonders eindrückliches Beispiel ist der Beitrag eines jungen Mannes, der in wenigen Tagen seine Ausbildung beginnen sollte und seine Verzweiflung über die schwierige Wohnungssituation in einer Facebookgruppe zum Thema Wohnungssuche in Berlin schildert:



Es ist bekannt, dass sich auch Zugewanderte häufig über soziale Medien zu wichtigen Themen informieren. Im Kontext der Ausbildung werden die Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert sind, sichtbar. Personen aus Drittstaaten suchen oft schon in ihrem Herkunftsland nach einer Ausbildung in Deutschland und müssen für den Ausbildungsantritt ein Visum besitzen. Für die Beantragung eines Ausbildungsvisums kann ein Nachweis über eine Unterkunft erforderlich sein. Dies führt mitunter zu einem Teufelskreis, in dem ohne Wohnung kein Visum und ohne Visum keine Ausbildung möglich ist, wie im folgenden Zitat sichtbar:



Vertragslösungsquoten in der Ausbildung auf Grund der Wohnsituation

Die Vertragslösungsquote in der beruflichen Ausbildung hat in den letzten zehn Jahren signifikant zugenommen und erreichte im Jahr 2022 mit 29,5 % einen neuen Höchststand (BiBB 2024: 10). Die Quote ist in Berlin im Vergleich zu anderen deutschen Bundesländern hoch (Uhly & Neises 2023: 11). Studien zeigen, dass Ausbildungsabbrüche in der Regel multifaktoriell bedingt sind und nicht auf eine einzelne Ursache zurückgeführt werden können (z. B. BMBF 2009: 12-14; G.I.B. 2024; BiBB 2024:10).

Betriebe und Auszubildende haben unterschiedliche Wahrnehmungen bezüglich der Gründe für Vertragslösungen in der Ausbildung. Während Betriebe häufig Unzufriedenheit über die Motivation und Leistungsbereitschaft der Auszubildenden äußern, benennen Auszubildende Kommunikationsprobleme, Konflikte mit Vorgesetzten sowie Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen als häufige Auslöser (G.I.B.-Beiträge zur Arbeits- und Sozialpolitik 2024). Die Rolle der Wohnsituation als potenzieller Grund für Ausbildungsabbrüche wird in Studien nicht mitberücksichtigt. Dies lässt vermuten, dass die Wohnsituation bisher nicht als Hauptursache angesehen wird und weitere Forschung erforderlich ist, um ihren genauen Einfluss zu ermitteln. Eine umfassende Untersuchung, möglicherweise durch gezielte Befragungen der Auszubildenden, könnte hier neue Erkenntnisse liefern.

Befragte Vertreter*innen von Ausbildungsbetrieben berichten, dass vorzeitige Vertragslösungen aufgrund der Wohnsituation zwar selten sind, aber dennoch auftreten, insbesondere wenn Auszubildende zusätzliche Belastungen wie familiäre Verpflichtungen haben. Besonders herausfordernd gestaltet sich die Wohnungssuche für Auszubildende, die an bestimmte Stadtteile gebunden sind, wie ein Beitrag aus den sozialen Medien verdeutlicht:



29. September 2023 · 🌐

...

Hallo in die Runde .Meine Tochter mit 3 kleinen Kindern sucht dringend eine 4Zimmer Wohnung bis 1400 Euro warmmiete im Raum Spandau,Charlottenburg Nord ,Siemensstadt .Die Kinder gehen zur Schule oder in die Kita und Mama steckt Mitten in der Ausbildung beim Bezirksamt .Es ist wirklich dringend !!!!

Mitarbeitende von Ausbildungsbetrieben berichten über begrenzte Kapazitäten, um aktiv bei der Wohnungssuche ihrer Auszubildenden zu unterstützen. Dennoch setzen sie sich in Notfällen persönlich ein, um Auszubildenden bei der Wohnraumbeschaffung zu helfen und dadurch Ausbildungsabbrüche zu verhindern. Dies unterstreicht die bedeutende Rolle gezielter Unterstützungsmaßnahmen, um Auszubildenden unter schwierigen Lebensumständen einen erfolgreichen Abschluss ihrer Ausbildung zu ermöglichen.

Diese Beispiele für gelungene Unterstützung zur Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen zeigen sich in folgenden Zitaten:

„Kürzlich konnte ich schnell eine Wohnung für einen unserer Azubis finden, dessen familiäre Situation zu Hause so schlecht war, dass ein Verbleib dort unmöglich war. Hätte er keine Wohnung gefunden, hätte er die Ausbildung abbrechen müssen, da er ansonsten Vollzeit arbeiten oder in eine andere Stadt ziehen müsste. Wir setzen alles daran, Azubis nach besten Kräften zu unterstützen“ (Stephanie Messall, Johannesstift Diakonie).

„Wir unterstützen Auszubildende in prekären Lagen, wir hatten z. B. ein alleinerziehendes Mädchen, das eine Ausbildung bei uns gemacht hat. Da unterstützen wir bei der Wohnungssuche, aber das sind wirklich Ausnahmefälle“ (Stefan Schubotz, Deutsche Telekom).

Die Beispiele verdeutlichen die entscheidende Rolle der Wohnsituation für den Ausbildungserfolg. Auch eine Fachkraft des Bildungszentrums für Pflegeberufe des DRK bestätigt dies:

„Es ist schwierig, die Ausbildung fortzusetzen, wenn man in einer schwierigen Wohnsituation lebt. Unsere Ausbildung ist anspruchsvoll und erfordert viel Zeit zum Lernen. Wenn die Wohnsituation das nicht zulässt, wird es schwierig. Ich erinnere mich an eine Auszubildende, die in einer WG gelebt hat, wo das Zusammenleben schwierig war. Das hat sich negativ auf die Ausbildung ausgewirkt. Sie haben oft nicht die zeitlichen Ressourcen, um sich auf Wohnungssuche zu begeben und sie sind halt auch nicht prädestiniert dafür, auf dem Wohnungsmarkt schnell eine Wohnung zu finden“ (Anonym, Bildungszentrum für Pflegeberufe des DRK).

2.4. Maßnahmen und Initiativen zur Wohnunterstützung von Auszubildenden

Die große Bedeutung der Wohnsituation für den Ausbildungserfolg führt dazu, dass Ausbildungsstellen spezielle Maßnahmen und Initiativen entwickeln, um ihre Auszubildenden in diesem Bereich zu unterstützen. Auch wenn die aktive Hilfestellung bei der Wohnungssuche, wie im vorherigen Unterkapitel beschrieben, normalerweise nur in prekären Situationen erfolgt, werden niedrigschwellige Unterstützungsmaßnahmen durchgeführt. Diese umfassen vor allem finanzielle Zuschüsse und Beratung.

Einige Ausbildungsbetriebe, wie die Deutsche Bahn und die Deutsche Telekom, bieten finanzielle Unterstützung in Höhe von 200-360 Euro pro Monat für Auszubildende mit langen Pendelzeiten:

„Wir zahlen Azubis, die wegen einer Pendelzeit von mehr als 150 Minuten täglich sich eine Wohnung in Berlin anmieten, einen Mietkostenzuschuss bis zu 360 Euro im Monat“ (Beatrice Heß, Deutsche Bahn, Antwort auf eine schriftliche Anfrage von Minor).

„Wir bieten eine Unterhaltsbeihilfe, d.h. wir bieten finanzielle Unterstützung in Höhe von ca. 200 Euro für diejenigen an, die von weiter weg anreisen“ (Stefan Schubotz, Deutsche Telekom).

Neben finanziellen Zuschüssen umfassen die bestehenden Unterstützungsmaßnahmen auch Beratungsangebote zu Themen wie der Beantragung von WBS-Scheinen bzw. Wohngeld, weiteren möglichen begleitenden Hilfen, der Vorbereitung von Unterlagen und der Bereitstellung von Adressen, wo Wohnungen ggf. gefunden werden können. Größere Betriebe wie Siemens oder die Deutsche Bahn versuchen zudem, Auszubildende (und ggf. auch weitere Mitarbeitende) innerhalb der Betriebe miteinander zu vernetzen, um die Wohnungssuche auf diese Weise zu erleichtern:

„Wir schauen, dass wir uns auch im Kollegenkreis oder unter den Azubis vernetzen. Wir bringen Auszubildende untereinander zusammen, damit sie z. B. gemeinsam nach einer WG suchen können oder geben die Information weiter, wenn jemand ein Zimmer frei hat. Außerdem posten unsere Mitarbeitenden intern ab und an 'Hey, ich hätte was zu vermieten', dann leiten wir das suchenden Auszubildenden weiter. Und wir stellen Leitfäden für die Wohnungssuche im Umkreis zu Verfügung. Wir zahlen für Auszubildende, die von weiter her nach Berlin umziehen, auch einen Wohngeldzuschuss. Nur die Wohnung muss halt erst einmal gefunden werden. Bei uns gibt es Mentor*innen, die die Auszubildenden betreuen und bereits im Vorfeld bei solchen Fragen unterstützen“ (Ulrike Weingerl, Siemens).

Im Falle einiger Betriebe beschränkt sich die Unterstützung für Auszubildende auf die Verteilung von Informationsbroschüren, die Hinweise geben, wo man nach Wohnungen suchen kann und welche Unterlagen benötigt werden. Dies ist besonders hilfreich für Auszubildende, die von außerhalb Berlins kommen und die lokalen Strukturen nicht kennen. Beispielhaft werden hier Jugendwohnheime wie Kolping genannt:

„Wenn jemand neu zu uns kommt und von außerhalb Berlins ist, schicken wir Broschüren von Immobilienunternehmen. Wir geben Hinweise auf z. B. Kolping Oberschöneweide, um die Suche für zukünftige Auszubildende und Studenten zu erleichtern. Aber wir können niemandem garantieren, dass er eine Wohnung bekommt, nur weil er bei uns arbeitet oder seine Ausbildung dort macht. Das liegt daran, dass es organisatorisch schwierig ist, solche Kooperationen einzugehen“ (Anonym, ein Berliner Ausbildungsbetrieb).

Bei Kolping Oberschöneweide, einem freien Träger des Jugendwohnens, werden Auszubildende im letzten Jahr ihres Wohnens in Berlin aktiv bei der Wohnungssuche unterstützt. Der pädagogische Leiter dieser Einrichtung, Dirk Hust, schätzt die Chancen der Personen mit abgeschlossener Ausbildung auf dem Wohnungsmarkt besser ein und berichtet:

„Von etwa zehn Auszubildenden, die hier schon ausgezogen sind, haben es alle geschafft, in eigenen Wohnraum zu kommen, auch wenn es vielleicht nicht der Bezirk war, den sie wollten“ (Dirk Hust, Kolping Jugendwohnen).

Beim Thema der Bereitstellung von Azubiwohnungen für Auszubildende stellt sich die Frage, ab wann es vertretbar ist, dass Auszubildende nach ihrer Ausbildung diese Wohnungen verlassen müssen. Die zusätzliche Belastung durch die Wohnungssuche, insbesondere während der Prüfungsphase, könnte die Ausbildungserfahrung erheblich beeinträchtigen. Der Landesausschuss für Berufsbildung Berlin beschloss in diesem Zusammenhang, dass

„Bewohnerinnen und Bewohner von Azubiwohnheimen [...] erst sechs Monate nach Kündigung oder Beendigung des Ausbildungsvertrags ausziehen müssen [sollten], um nicht parallel zu Prüfungen oder Jobsuche eine Wohnung suchen zu müssen“ (SenASGIVA 2023).

Mit Blick auf die bestehenden Unterstützungsmaßnahmen der Ausbildungsbetriebe, Wohnungsunternehmen und Jugendwohn-Einrichtungen sollte kritisch bewertet werden, ob diese ausreichend sind. Es gilt zu klären, in welchem Umfang und in welcher Form diese Maßnahmen gegebenenfalls ausgeweitet werden müssen, um den Bedarf der Auszubildenden angemessen zu decken. Die Einführung zentralisierter Lösungen könnte potenziell zur systematischen Verbesserung und langfristigen Stabilisierung der Wohnsituation für Auszubildende beitragen. Zukünftige Forschung sollte daher sowohl die Erfahrungen der betroffenen Auszubildenden als auch deren spezifische Bedürfnisse eingehend analysieren.

3. Azubiwohnen in Berlin

3.1. Bedarfe und Perspektiven in Berlin

Der Bedarf an Azubiwohnen in Berlin und deren Gestaltung ist ein komplexes und schwer zu erfassendes Thema, das von zahlreichen Faktoren beeinflusst wird. Wie die Autor*innen einer Machbarkeitsstudie aus Frankfurt am Main betonen, unterscheiden sich die Perspektiven von Arbeitgebenden und Auszubildenden erheblich. Während der Wohnbedarf von Auszubildenden auf der Grundlage ihrer individuellen Wohnsituation festgemacht werden kann, ist der Bedarf bei Betrieben eher gegeben, wenn es an Personal fehlt. Hinzu kommt, dass nicht jeder Wohnwunsch eines Auszubildenden zwingend durch ein spezifisches Azubi-Wohnangebot erfüllt werden muss (Wieland et al. 2022: 35).

Bestimmte indirekte Indikatoren weisen auf den Bedarf an Azubiwohnen hin. Doch die tatsächliche Bereitschaft der Auszubildenden, in ein Wohnheim einzuziehen, müsste durch weitere Untersuchungen genauer erfasst werden. Da sich die Untersuchungen in Kapitel 2 speziell auf die Wohnsituation von Auszubildenden beziehen, werden sie in der folgenden Analyse über die Bedarfe und Perspektiven des Azubiwohnens, wenn passend, mit aufgenommen.

Wohnheime als attraktive Alternative für Auszubildende: Bedarfe vonseiten der Auszubildenden

Nähe zum Arbeitsplatz: Studien zeigen, dass für Auszubildende die Nähe zum Arbeitsplatz von großer Bedeutung ist. Eine Umfrage der Industrie- und Handelskammer (IHK) und der Handwerkskammer (HWK) in der Münsterland/Emscher-Lippe-Region ergab, dass fast jeder vierte Auszubildende zu Beginn seiner Ausbildung in ein Wohnheimzimmer am Ort des Arbeitsplatzes ziehen würde. Diese Befragung umfasste über 5.000 Berufsanfänger*innen (IHK Nordwestfalen 2023). Auch die DGB Jugend bestätigt, dass die „örtliche Nähe zum Wohnort“ für Auszubildende von großer Relevanz ist. Dieses Kriterium war mit 39,1 % das zweitwichtigste (nach Interesse am Beruf) bei der Wahl des Ausbildungsberufs (DGB Jugend 2022: 18). Für minderjährige Auszubildende ist die „örtliche Nähe zum Wohnort“ besonders wichtig, während dieser Anteil bei den 25-Jährigen auf 30,6 % sinkt (ebd.: 20).

Wie die im Kapitel 2.1 dargestellten Daten des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) gezeigt haben, können die längeren Anfahrts- und Pendlerzeiten zu den Berliner Ausbildungsstätten als ein wichtiger Indikator für den Bedarf an Azubiwohnen gesehen werden. Insbesondere für Auszubildende, die von außerhalb Berlins kommen, kann eine große Nachfrage nach Azubiwohnangeboten in Berlin angenommen werden. Aber auch die Gruppe der Auszubildenden, die zwar in Berlin wohnen, aber mit langen Fahrtzeiten konfrontiert sind und/oder aus dem Elternhaus ausziehen wollen oder müssen, sollten bei der Bedarfsanalyse nicht vergessen werden. Befragte Interviewpartner*innen wiesen häufig auf zusätzliche Belastungen hin, die auch bei dieser Gruppe entstehen. Sollte die Problematik der langen Fahrtzeiten mit Azubiwohnangeboten gedeckt werden, müsste deren Nähe zu Ausbildungsorten berücksichtigt werden.

Wohnsituation und Wohnpräferenz: Wie im Kapitel 2 beschrieben, stellt die Wohnungslage in Berlin für viele Berliner Auszubildende aufgrund des begrenzten Wohnraums und der hohen Mietpreise eine große Herausforderung dar. In Verbindung mit dem niedrigen Einkommen der

Auszubildenden ist die auf dem Wohnungsmarkt geltende Faustregel, für das Wohnen maximal ein Drittel des Einkommens zu investieren, ohne weitere finanzielle Unterstützung oder Jobben nicht machbar. Die im Juni 2024 veröffentlichte Studie der Bertelsmann Stiftung, die auf einer repräsentativen Befragung junger Menschen basiert, bestätigt diese Problematik und zeigt, dass Ausbildungsplatzsuchende den größten Unterstützungsbedarf seitens des Staates beim Zugang zu günstigem Wohnraum während der Ausbildung sehen. Darüber hinaus äußerten sie den Wunsch nach finanzieller Unterstützung im Falle eines Umzugs aufgrund der Ausbildung (Bertelsmann Stiftung 2024: 18).

Viele Auszubildende wohnen noch bei ihren Eltern. Ein Teil von ihnen möchte gerne ausziehen, was sich jedoch schwierig gestaltet. Laut bundesweiten Daten bevorzugen viele Auszubildende eine eigene Wohnung oder ein Wohnen in einer Wohngemeinschaft (WG). Gleichzeitig zeigt sich, wie im Abschnitt „Aktuelle Wohnform versus Wunschvorstellung“ des Kapitels 2.1 dargestellt, dass das Interesse an der Wohnform „Azubiwohnen“ gering ist und die meisten Befragten in einer eigenen Wohnung leben möchten. Auf der anderen Seite berichtet die Leitung des Kolpinghauses in Oberschöneweide in Berlin von „ca. 500 Anfragen pro Jahr für verfügbare 137 Plätze“, die für die gesamte Ausbildungszeit belegt werden. Zudem gab es in den durchgeführten Interviews Hinweise darauf, dass die Wohnsituation insbesondere für Auszubildende mit Flucht- bzw. Migrationsgeschichte problematisch ist und dass Azubiwohnheime insbesondere von dieser Zielgruppe nachgefragt werden.

Somit ist eine tiefergehende Untersuchung erforderlich, um zu verstehen, ob das Interesse an Wohnheimen – wie in den Ergebnissen der Umfrage des Ausbildungsreports des DGB für Deutschland – auch für Berlin so gering ist. Es stellt sich für die langfristige Strategie Berlins als Ausbildungsstadt die Frage, welche Voraussetzungen (z. B. Art, Lage, Preis der Wohnheime) erfüllt sein müssten, um für Auszubildende attraktiv zu sein.

Weiterhin sollte untersucht werden, inwieweit Wohnheime in Form von kleinen, getrennten Apartments (sogenannten Mikroapartments) den Bedarf der Auszubildenden nach einer eigenen Wohnung decken können. Die Autor*innen einer Machbarkeitsstudie zum Azubiwohnen in Frankfurt am Main weisen auf die hohe Nachfrage nach Einzelzimmern hin, vorzugsweise mit einem eigenen Bad, das wichtiger als eine eigene Küche betrachtet wird (Wieland et al. 2022: 42). Bei der Analyse des Wohnens für Auszubildende sollte geklärt werden, wie der Wohnraum gestaltet sein müsste, um den Anforderungen und Bedarfen der Auszubildenden gerecht zu werden sowie die Berufsausbildung insgesamt in der Stadt attraktiver zu gestalten und für die Zukunft aufzustellen.

Diese Fragestellungen erfordern weitere empirische Forschung. Mit dem Erkenntnisstand dieser Analyse lässt sich jedoch annehmen, dass die Stabilisierung der Wohnverhältnisse und der Zugang zu günstigeren Wohnangeboten auch die Nachfrage nach einer Ausbildung steigern würde.

Beratung und Begleitung: Wie aus den Interviews und Beispielen wie den Pflegeschulen hervorgeht, ist die kontinuierliche Begleitung und Beratung der Auszubildenden von großer Bedeutung. Die Beratung und Begleitung sollten an Azubiwohnheime gekoppelt werden, so sieht es auch die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung: „Unsere feste Überzeugung ist, dass es nur funktioniert oder einen Mehrwert hat,

wenn es mit Beratung gekoppelt ist“ (Camilla Richter, SenASGIVA). Im Beschluss des Landesausschusses für Berufsbildung zum „Azubi-Wohnen“ wurde zudem die Empfehlung formuliert: „Für Azubi-Wohnangebote, in denen auch minderjährige Auszubildende wohnen, sind entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere des SGB VIII, die erforderlichen Angebote der sozialpädagogischen Begleitung und Betreuung sicherzustellen“ (SenASGIVA 2023).

Bedarfe aus der Perspektive der Betriebe und der Stadt

Viele Betriebe berichten, dass sie sich nicht selbst um die Beschaffung von Wohnraum für Auszubildende kümmern können, jedoch die Bedeutung der Wohnsituation bei der Anwerbung und während der Ausbildung bestätigen. Bewerber*innen von außerhalb Berlins nehmen aufgrund des Mangels an bezahlbarem Wohnraum häufig keine Ausbildungsplätze an bzw. lehnen diese kurzfristig ab. Lange Pendelzeiten können zudem die Ausbildungsqualität und Chancen auf einen erfolgreichen Ausbildungsabschluss beeinträchtigen. Betriebe bestätigen, dass Azubiwohnangebote die Attraktivität der angebotenen Ausbildungen erhöhen würden:

„Wenn wir das anders machen würden, indem wir sagen: 'Wir bieten Auszubildenden Wohnmöglichkeiten an' und das auf unserer Website veröffentlichen, dann würden sich wahrscheinlich mehr Leute bei uns bewerben“ (Anonym, ein Berliner Ausbildungsbetrieb).

„Ich persönlich würde mir das sehr wünschen, weil ich glaube, dass wir dann sehr attraktiv wären, gerade in den großen Städten, wenn wir Wohnraum zur Verfügung stellen könnten. Ich glaube, das ist eine große Sorge für viele, die nicht in Standortnähe wohnen und nicht zu Hause wohnen bleiben können. Deswegen denke ich, dass das sehr entlastend wäre. Dann könnten wir sagen: 'Hey, wir hätten eine Möglichkeit, dich unterzubringen. Bezahlbar unterzubringen“ (Ulrike Weingerl, Siemens).

Die Berliner Polizei, die ihren Auszubildenden bereits Wohnraum anbietet, bestätigte in einer schriftlichen Anfrage von Minor, dass

„[...] zahlreiche Bewerbende aus anderen Bundesländern eingestellt wurden, die sich ohne ein Wohnungsangebot gegebenenfalls nicht bei der Polizei Berlin beworben hätten“ (Polizei Berlin, Polizeiakademie, Antwort auf eine schriftliche Anfrage von Minor).

Ob die weitere Etablierung solcher Wohnangebote zur Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen führen würde, bleibt jedoch offen, da einige Betriebe auf die hohen Kosten und den Aufwand der Ausbildung hinweisen.

Die Dringlichkeit für Berlin mehr Auszubildende zu gewinnen und diese nach der Ausbildung in Berlin zu halten, ist bekannt und wird von den Prognosen des IHK-Fachkräftemonitors bestätigt, der 414.000 fehlende Arbeitskräfte in Berlin errechnet (IHK Berlin 2024).

Es gilt, Betriebe dazu zu bewegen, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen. Da Betriebe die wichtige Rolle des Wohnens bei der Anwerbung von Auszubildenden betonen und angeben, dass Azubiwohnheime die Attraktivität ihrer Angebote erhöhen würden, könnte eine Kooperation und Unterstützung vonseiten des Landes Berlin bei der Wohnraumbeschaffung eine Win-Win-Situation darstellen. Zudem würde die Schaffung von günstigem Wohnraum für Auszubildende laut der

Einschätzung der landeseigenen Wohnungsgesellschaft Berlinovo auch den Wohnungsmarkt in Berlin entlasten, was sich für die Stadt, aber auch Betriebe, positiv auswirken würde:

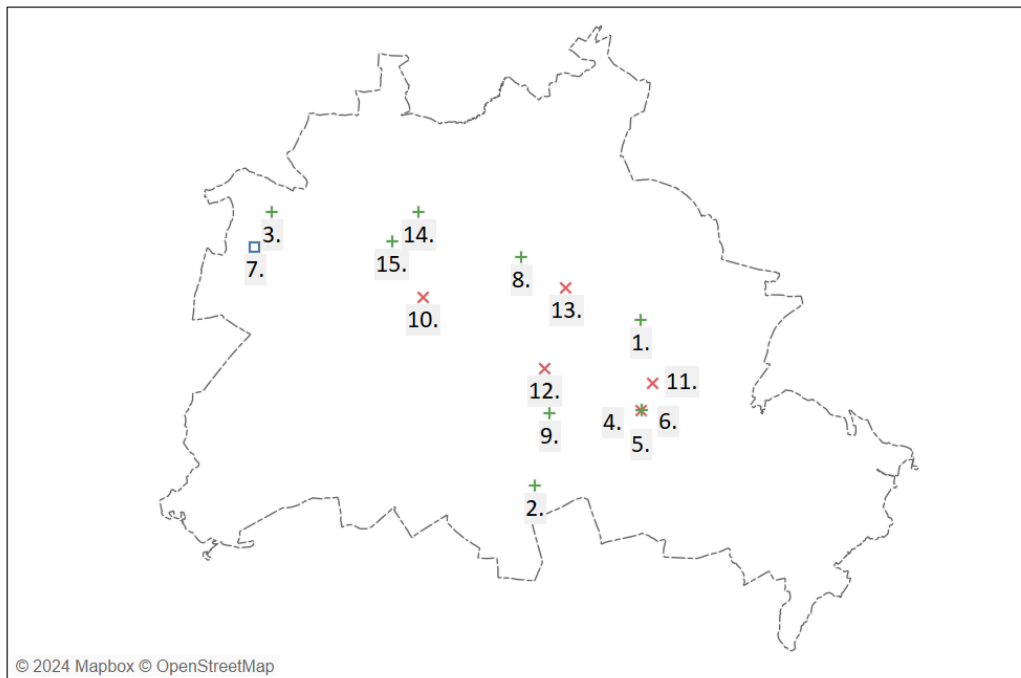
„Durch die Schaffung von bedarfsgerechtem Wohnraum für Studierende/Auszubildende, nämlich vollmöblierte Apartments mit einer sozial verträglichen All-In-Miete, wird auch der allgemeine Wohnungsmarkt in Berlin entlastet. Unser All-In-Mietmodell bietet den Auszubildenden eine hohe Kostensicherung ohne Mietnachzahlungen (keine Betriebskostenabrechnung)“ (Berlinovo, Antwort auf eine schriftliche Anfrage von Minor).

3.2. Aktueller Stand des Azubiwohnens in Berlin

In Berlin gibt es bereits eine Vielzahl an bestehenden Wohnangeboten für Auszubildende. Die auf der folgenden Karte gelisteten 15 Wohnheime sind das Ergebnis unserer umfassenden Analyse, die jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Diese Wohnheime wurden durch Internetrecherche, sowie durch Interviews und Gespräche mit Betrieben und landeseigenen Wohnungsunternehmen identifiziert. Für die Recherche wurden, in Anlehnung an die jährliche Befragung der IHK (IHK Berlin 2021: 1), die 20 größten Berliner Arbeitgeber kontaktiert, von denen sich in etwa die Hälfte zurückgemeldet hat. Zudem wurden alle landeseigenen Wohnungsunternehmen hinsichtlich der von ihnen verfügbaren Wohnheime angesprochen⁴.

Die 15 Wohnheime sind in drei Kategorien aufgeteilt: Wohnheime exklusiv für Auszubildende, Wohnheime, in denen neben Studierenden o.Ä. auch Auszubildende wohnen und Wohnheime, die seitens des Ausbildungsbetriebes zur Verfügung gestellt werden.

⁴ Die STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH, die Degewo AG und die WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mbH verfügen, wie uns schriftlich mitgeteilt wurde, über keine Wohnheime für Auszubildende. Die Gewobag Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin verwies auf ihre Projekte für Studierende und Auszubildende. Demnach konnten in den letzten drei Jahren knapp 300 Wohnplätze sowohl für Studierende als auch für Auszubildende bereitgestellt werden. Gemeinsam mit dem Jugendamt Reinickendorf unterstützt die Gewobag Auszubildende, ausschließlich mit WBS-Schein, bei der Wohnungssuche (Gewobag, Antwort auf eine schriftliche Anfrage von Minor). Die GESOBAU AG, die HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH, wie auch die Berlinovo Immobiliengesellschaft mbH haben sich bereit erklärt, ausführliche Interviews zu führen und wichtige Informationen und Entwicklungen mit uns zu teilen.



1. Easy Living, Lichtenberg	Wohnheime von Arbeitgebern, exklusiv für Auszubildende	□
2. Easy Living, Neukölln	Wohnheime, exklusiv für Auszubildende	+
3. Easy Living, Spandau	Wohnheime, u.a. für Auszubildende	×
4. Easy Living, Treptow-Köpenick		
5. SPREEPOLIS, Treptow-Köpenick		
6. Kolping Jugendwohnen e.V., Treptow-Köpenick		
7. Berlinovo (Koop. u.a. Berliner Polizei), Spandau		
8. Kolping Jugendwohnen e.V., Prenzlauer Berg		
9. Stockwerk-Förderverein e.V., Neukölln		
10. Smartments, Charlottenburg		
11. Smartments, Lichtenberg		
12. Jugendwohnen im Kiez, Neukölln		
13. Charité, Pankow		
14. Johannesstift Diakonie, Spandau		
15. Johannesstift Diakonie, Spandau		

Abbildung 7: Standorte der Azubiwohnheime in Berlin. Eigene Darstellung nach OpenStreet-Map © Minor

Wohnform, Lage und Konditionen der Azubiwohnheime in Berlin

In der Kategorie der **Wohnheime exklusiv für Auszubildende** bietet das „Kolping Jugendwohnen“, an den Standorten Prenzlauer Berg und Oberschöneweide ein Azubi- und Jugendwohnheim als „[...] Schnittstelle zwischen dem Elternhaus, den Ausbildungsbetrieben, den Berufsschulen und den Auszubildenden“ (Kolping Jugendwohnen 2024a). Kolping Jugendwohnen ist ein Jugendhilfeträger und richtet sich somit vor allem an benachteiligte junge Menschen. Am Beispiel des Standorts Oberschöneweide sieht die Zusammensetzung der Plätze folgendermaßen aus: die Hälfte ist reines Jugendwohnen (Jugendhilfe, das sind ausschließlich Berliner*innen), die andere Hälfte ist Azubiwohnen (private Vermietung. Ein Drittel der Auszubildenden kommt aus Berlin, zwei Drittel von außerhalb u. a. auch aus dem europäischen Ausland.

Neben dem Standort Prenzlauer Berg, mit ca. 50 Plätzen, bietet der Standort Oberschöneweide 137 Wohnheimplätze, die während der gesamten Ausbildungszeit meist belegt sind. Die Anfragen für einen Wohnheimplatz belaufen sich durchschnittlich auf 500 pro Jahr (Dirk Hust, Kolping Jugendwohnen). Die Finanzierung erfolgt größtenteils durch die Berufsausbildungsbeihilfe der

Agentur für Arbeit (BAB), sodass die Auszubildenden einen Eigenanteil zwischen 350 bis 520 Euro aufbringen müssen. In manchen Fällen wird die Finanzierung komplett vom Jugendamt übernommen. Die Häuser von Kolping Jugendwohnen unterscheiden sich in ihren Angeboten, Leistungen und in der Intensität der Begleitung der Jugendlichen. Die meisten Standorte sind jedoch sozialpädagogische Wohnformen gem. §13 Abs. 3 SGB VIII (Kolping Jugendwohnen 2024).

Im Häuserverzeichnis Jugendwohnen, einem Verzeichnis aller Jugendwohnheime in Deutschland, findet man in Berlin neben dem Kolping Jugendwohnen Berlin noch das Ausbildungswerk Kreuzberg e. V. mit 74 Wohnheimplätzen. Das Wohnungsangebot des Vereins Stockwerk e. V. ruht nach eigener Aussage des Trägers aktuell und bietet insbesondere pädagogische Betreuungsangebote, die beim Übergang zwischen Schule und Beruf unterstützen. Bis vor elf Jahren gab es dort sieben Wohnheimplätze für Auszubildende, die aktuell nicht weiterfinanziert werden (Telefongespräch Stockwerk e. V.). Jugendwohnen im Kiez e. V., Kolping Jugendwohnen e. V. sowie Stockwerk e. V. sind Jugendwohnheime, die an Jugendhilfemaßnahmen geknüpft sind und sich größtenteils darüber finanzieren.

Die sechs landeseigenen Wohnungsunternehmen verfügen über keine exklusiven Azubiwohnheime. Lediglich die Berlinovo, ebenfalls im Eigentum des Landes Berlin, verfügt derzeit über vier Azubiwohnheime, genannt EASY LIVING. Der Standort Lichtenberg verfügt über 128 Wohneinheiten, Schöneweide über 73 Wohneinheiten, Spandau über 110 Wohneinheiten und Neukölln über 140 Wohneinheiten. Insgesamt vermietet die Berlinovo laut eigener Aussage aktuell ca. 450 Apartments an Auszubildende. In den kommenden Jahren werden weitere Apartmenthäuser mit insgesamt ca. 2.300 Plätzen für Studierende fertiggestellt, von denen etwa 15 % an Auszubildende vermietet werden sollen. In den genannten Standorten reichen die Kosten für ein möbliertes Single-Apartment von 430 Euro in Spandau bis 560 Euro in Treptow-Köpenick (Berlinovo, Antwort auf eine schriftliche Anfrage von Minor).

In Spandau bietet die Diakonie ein ganzheitliches Wohnangebot für Auszubildende an, das Betreuung, Beratung und Service umfasst. Es stehen zwei Schülerwohnheime zur Verfügung: ein Gebäude, „das einem Hostel ähnelt, mit Gemeinschaftsbädern, und ein Mehrfamilienhaus“ (Stephanie Messall, Johannesstift Diakonie). Laut der Angaben der Diakonie liegen die Preise für die Unterkünfte zwischen 500 und 600 Euro, werden jedoch bezuschusst, da der Arbeitgeber über 200 Euro übernehme, sodass Auszubildende nur etwa 300 Euro für ihre Unterkunft zahlen müssen, inklusive aller Nebenkosten (ebd.). Zusätzlich zur Unterkunft bietet die Diakonie den Auszubildenden in den Wohnheimen pädagogische Unterstützung an, insbesondere beim Ausfüllen von Formularen.

In der Kategorie **Wohnheime von Arbeitgebern exklusiv für Auszubildende** gibt es laut unserer Recherche derzeit lediglich einen Standort. Auf einem ehemaligen Grundstück der Berliner Polizei in unmittelbarer Nähe zur Polizeiakademie wurde in der Pionier-/ Radelandstraße in Spandau ein Apartmenthaus für Anwärter*innen der Polizei und Feuerwehr errichtet. Das Gebäude umfasst insgesamt 134 Apartments mit 168 Plätzen. Die angebotenen Ein-Zimmer- und Zwei-Zimmer-Apartments beginnen bei 340 Euro monatlich. Die vollmöblierten Apartments sind mit

einem Bad und einer Pantryküche ausgestattet und werden für die Dauer der Ausbildung vermietet (Polizei Berlin, Polizeiakademie, Antwort auf eine schriftliche Anfrage von Minor).

Die Kategorie **Wohnheime u. a. für Auszubildende** richtet sich generell an junge Menschen, die sich gerade im Übergang zwischen Schule und Beruf befinden, Studierende und Auszubildende im engsten Sinne.

Ein Beispiel hierfür sind die drei Wohnheime für junge Menschen in Ausbildung oder Studium, die von den privaten Anbietern SMARTments und Spreepolis betrieben werden. Die Kosten für ein Zimmer in diesen Einrichtungen liegen bei etwa 650 bis 700 Euro.

Darüber hinaus verfügt das DRK nach eigenen Angaben über ein Wohnheim, das übergangsweise in Krisensituationen auch von Auszubildenden genutzt werden kann. Das Wohnheim mit rund 30 Apartments dient jedoch nur als Übergangslösung und richtet sich primär an Erwachsene in schwierigen Lebenssituationen, wie beispielsweise nach einer Trennung, familiären Not-situationen oder im Falle von Umzügen von Brandenburg nach Berlin. Eine Mitarbeiterin erklärt, warum das Angebot so wertvoll ist:

„Die Frühdienste fangen hier sehr früh an, und wenn man von weiter herkommt, ist das sehr umständlich. Bis zu einem Jahr kann man hierbleiben. Die Kosten liegen zwischen 420 und 460 Euro, je nachdem, ob die Wohnung möbliert ist oder nicht. Es handelt sich um Ein-Zimmer-Wohnungen, die wahrscheinlich vom DRK bezuschusst werden (Eine Fachkraft, Bildungszentrum für Pflegeberufe des DRK).

Auch die Charité verfügt seit September 2023 über ein Wohnheim mit 76 Wohneinheiten, das neben Auszubildenden insbesondere internationalen Fachkräften zur Verfügung steht (Heggen 2023).

Rückkehr zu betrieblichen Wohnheimen in Berlin?

Früher war es häufig üblich, dass Pflegeausbildungsbetriebe eigene Wohnheime unterhielten. Christine Vogler, Geschäftsführerin des Berliner Bildungscampus für Gesundheitsberufe und Präsidentin des Deutschen Pflegerats, berichtet aus ihrer 30-jährigen Berufserfahrung in der Pflegeausbildung, dass die sogenannten Schwesternwohnheime oft fester Bestandteil der Pflegeschulen waren, jedoch im Laufe der Jahre abgeschafft wurden. Sie kennt aus anderen Bundesländern nur wenige Klinikträger, die es geschafft haben, ein Wohnheim für ihre Auszubildenden zu errichten. Diese Einrichtungen verfügen heute über einen Marktvorteil.

„Und aus meiner Sicht ist Wohnen einer der Faktoren, wie man Auszubildende tatsächlich in der heutigen Zeit auch in den Beruf bringen kann, das ist definitiv ein Attraktivitätsmerkmal und auch tatsächlich eine Möglichkeit, die Menschen zu holen [...] vor allem diejenigen, die eben nicht mehr zu Hause wohnen, von außerhalb kommen und wirklich kein Dach über dem Kopf hätten, wenn sie eine Ausbildung machen. Wenn ich wegen der Ausbildung zu Hause ausziehen muss, kann ich eh aussuchen, gehe ich nach München, gehe ich nach Hamburg, gehe ich nach Köln, gehe ich nach Berlin und wenn ich in Berlin natürlich aber keinen Wohnraum finde, ja dann, dann gehe ich da nicht hin, bzw. kann dort gar nicht hinziehen“ (Christine Vogler, Berliner Bildungscampus für Gesundheitsberufe).

Neben dem Pflegebereich und den Berliner Wohnungsunternehmen wurde von weiteren Unternehmen erwähnt, dass sie früher über eigene Azubiwohnheime bzw. Wohnungen für Auszubildende verfügten, die sie aber nicht weitergeführt haben:

„[...] Siemens hatte früher eigene Wohnungen, die dann auch günstiger zu vermieten waren. Aus diesem Geschäft hat sich Siemens seit einiger Zeit zurückgezogen, sodass wir auf Wohnraum auf dem freien Markt angewiesen sind“ (Ulrike Weingerl, Siemens).

„Vor Jahren gab es noch Wohnheime, die haben wir jetzt schon seit vielen Jahren in Berlin nicht mehr [...]. Ansonsten ist das natürlich eine finanzielle Sache, Immobilien sind eine sehr teure Sache. In Magdeburg haben wir noch ein Wohnheim, da ist es ein bisschen einfacher, das ist aber auch für Studierende, denn sie brauchen es mehr als Azubis. Ansonsten hatten wir in Berlin eine Zusammenarbeit mit einer Wohnungsgenossenschaft über die wir Wohnungen für unsere Auszubildenden organisiert haben. Das hat lange funktioniert, bis sie von uns wollten, dass wir ein bestimmtes Kontingent an Wohnungen - 20 waren es, glaube ich - von ihnen nehmen sollten. Ist ja klar, es ist für sie eine Frage der Sicherheit. Aber das ging für die Telekom nicht, denn wir konnten nicht wissen, ob wir diese 20 Wohnungen jedes Jahr wirklich belegen und dann würden wir auf den Kosten sitzen bleiben. Deshalb gibt es derzeit keine Wohnheime oder Gebäude, die die Telekom selbst hat“ (Stefan Schubotz, Deutsche Telekom).

Integrative Wohnmodelle mit ganzheitlicher Unterstützung

Eine Einigung über zukünftige Azubi-Wohnmodelle ist eine Frage, die aus einer gesamtgesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Perspektive Berlins auf der politischen Ebene diskutiert werden muss:

„Ein Wohnheim ausschließlich für Auszubildende zu bauen, würde eklatant gegen die Wohnungsbaupolitik der Stadt gehen. Es geht mehr um Mehrgenerationenwohnen und Durchmischung“ (Camilla Richter, SenASGIVA).

In den geführten Interviews kam die Vision eines Wohnmodells zur Sprache, das den Auszubildenden eine Lebensrealität bietet, die sie im Übergang zu einem eigenständigen Wohnen unterstützt. So fördert die GESOBAU sozial gemischte Wohnquartiere und vermietet an unterschiedliche Ziel- und Altersgruppen. Das sorgt für lebendige Nachbarschaften und stärkt das solidarische Miteinander, zum Beispiel zwischen älteren und jüngeren Bewohner*innen (Anonym, GESOBAU).

Im Gegensatz zur weitverbreiteten Idealvorstellung eines komplett eigenständigen Wohnens der von Minor befragten Akteure, zeigen Projekterfahrungen der SenASGIVA auf Berliner Landesebene, dass vor allem Projekte mit ganzheitlichen Ansätzen sehr erfolgreich sind. Diese Projekte kombinieren das eines reinen Azubiwohnens mit persönlicher Beratung, sozialpädagogischer Unterstützung und Freizeitangeboten, was dazu beiträgt, vorzeitige Ausbildungsbeendigungen zu verhindern (Interview Camilla Richter/Christin Richter, SenASGIVA). Besonders zielführend erweist sich der Ansatz, dass Beratung dort angeboten wird, wo Auszubildende ihren Lebensmittelpunkt haben, anstatt darauf zu warten, dass diese aktiv eine Beratung aufsuchen. An dieser Stelle wird deutlich, dass es beim Thema Azubiwohnen nicht nur ausreicht, dass Wohnungen bereitgestellt werden. Es braucht Beratung vor Ort und Lösungen, die Auszubildenden

weitreichende Informationen über ihre Möglichkeiten, z. B. die Beantragung eines WBS, und die damit verbundenen Prozesse liefern.

3.3. Aktuelle Maßnahmen der Wohnungsunternehmen für Auszubildende und geplante Wohnbauprojekte

Fehlender politischer Auftrag für Azubiwohnen

Die landeseigenen Wohnungsunternehmen (LWU) in Berlin sind vertraglich verpflichtet, eine sozial ausgewogene Verteilung von Wohnraum zu gewährleisten, insbesondere unter Berücksichtigung der Berliner Mischung und einer diskriminierungsfreien Wohnungsvergabe. Dies schließt die Bereitstellung von Flächen für Kleingewerbe, Kulturbetriebe und soziale Einrichtungen zu bezahlbaren Mieten ein, wie es in der Kooperationsvereinbarung mit dem Berliner Senat festgehalten ist (Land Berlin 2024: 2). Der Stadtentwicklungsplan Wohnen 2030 (StEP) betont zudem die Bedeutung von Mischung, Dichte und Teilhabe für qualitatives Wohnen in der Stadt (Stadtentwicklungsplan Wohnen 2030: 9).

Die Gemeinwohlorientierung hat bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum demnach eine hohe Priorität. Trotzdem fehlt es an spezifischen Vorgaben, die auf die Wohnbedarfe von Auszubildenden eingehen. In den Interviews mit Vertreter*innen der Wohnungsunternehmen wurde wiederholt auf die Herausforderungen hingewiesen, die die Wohnungsform Azubiwohnen mit sich bringt. Im Gegensatz zu Studierenden Wohnen wird für die Zielgruppe der Auszubildenden nicht explizit ein Versorgungsauftrag an die LWU erteilt, da damit einhergehend auch die Themen der Betreuung der oft minderjährigen Auszubildenden geklärt werden müssen. Dafür braucht es klare politische und finanzielle Rahmenbedingungen (z. B. tragfähige Förderprogramme) sowie eine enge Zusammenarbeit zwischen LWU und Trägern, um einerseits geeignete Wohnungen zu schaffen und andererseits die Betreuung der Auszubildenden sicherzustellen. (Interview Petra Stoklasek, HOWOGE)

Wenige Wohnkonzepte für Auszubildende

Die landeseigenen Wohnungsunternehmen werden in den nächsten Jahren neuen Wohnraum in gemischten Quartieren schaffen, der insgesamt 66.000 Wohnungen umfasst (SenSBW 2023). Diese Maßnahme könnte sich auch wesentlich auf die führenden Unternehmen, die Wirtschaft und möglicherweise auch auf die Attraktivität von Ausbildung in der Stadt auswirken, sofern ein angemessener Anteil des neuen Wohnraums speziell für Auszubildende vorgesehen wird.

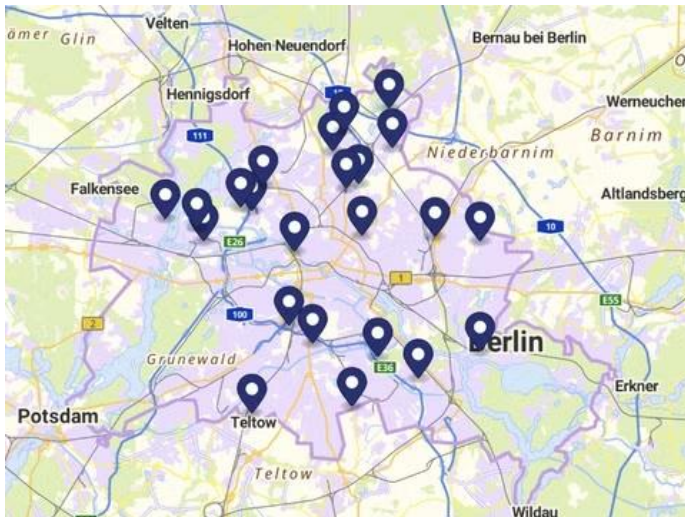


Abbildung 8: Geplante Bauprojekte der landeseigenen Wohnungsunternehmen in Berlin.
Stand: 2023. Quelle: SenSBW 2023.

In diesem Zusammenhang betont Christine Vogler vom Berliner Bildungscampus die besondere Bedeutung einer bedarfsgerechten Ausgestaltung von Wohnkonzepten für Auszubildende. Für sie spielt die Angemessenheit der Azubi-Wohnkonzepte eine wichtige Rolle. Während der Ausbildung brauchen die jungen Menschen völlig andere Wohnkonzepte als nach der Ausbildung:

„Da geht es wirklich nicht um das, was leider in dieser Stadt sehr viel gebaut und auch gebraucht wird, nämlich große Wohnungen [...]. Wir brauchen Wohnheime, die angemessen sind. Also nicht wie früher alle auf einem Flur und jeder ein Zimmer und Sanitärbereiche und Küche für alle, sondern wirklich ein Wohnraum, in dem ich alles Notwendige vorfinde. Kompaktes Wohnen mit kleiner Küchenzeile und eigenem Sanitärbereich – so, dass ich auch nach drei Jahren wieder ausziehen will, weil ich erwachsen geworden bin, weil ich einen Beruf gelernt habe, weil es weiter geht in meinem Leben. Denn ausziehen müssen Sie nach drei Jahren – auch das muss klar sein“ (Christine Vogler, Berliner Bildungscampus).

Bisher gibt es jedoch kaum konkrete Bauprojekte, die ausschließlich auf die Schaffung von Wohnraum für Auszubildende abzielen. Ein seltenes Beispiel ist das bereits erwähnte Wohnheim für Nachwuchskräfte der Berliner Polizei, Feuerwehr und Verwaltung in der Pionier-/Radelandstraße, welches 168 Wohnheimplätze bietet, die primär für Auszubildende im öffentlichen Dienst vorgesehen sind.

Ein anderes Bauprojekt, das 2018 angekündigt wurde, betrifft die Errichtung eines gemeinsamen Ausbildungszentrums von Charité und Vivantes, welches auch ein Wohnheim für deren Nachwuchskräfte umfassen sollte (Bath 2018). Doch seit sechs Jahren gibt es keine weiteren Berichte über die damals konkreten Baupläne. Lediglich ein Wohnheim wurde von der Charité erworben, das jedoch vorwiegend ausgebildeten internationalen Fachkräften zur Verfügung steht. Christine Vogler erläutert die Problematik:

„Man hat die damaligen Ausbildungsstätten von Charité und Vivantes zusammengeführt, um Synergien zwischen den Ausbildungsstätten der Charité und Vivantes zu schaffen und darüber hinaus auch ein Ausbildungsangebot für die Stadt Berlin für weitere Träger der praktischen Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen zu schaffen. Eine der Maßgaben

war, die Ausbildungsstätten aus den verschiedenen Standorten zu einem gemeinsamen Ausbildungsstandort zusammenzuführen. An diesem Standort war auch ein Wohnheim angedacht. Bis heute wurde lediglich die institutionelle Zusammenführung der Schulen an drei verschiedenen Standorten in der Stadt umgesetzt. Mit anderen Worten: geschehen ist in Sachen „Ein Standort“ momentan noch nichts. Es gibt viele Bemühungen des Landes Berlins, sehr viel mehr Bemühungen der Träger, einen Standort zu finden. Dies hat natürlich finanzielle Auswirkungen, und es können zurzeit finanzielle Fragen nicht geklärt werden. Das ist eine der Hauptursachen dafür, und natürlich wäre ein Neubau sowohl für die Schule als auch für das Wohnheim nicht nur wünschenswert, sondern unter der Situation der fehlenden Fachkräfte fast zwingend“ (Christine Vogler, Berliner Bildungscampus).

In den geführten Interviews wurde die Frage nach angedachten Bauprojekten weitestgehend mit der Begründung unzulänglicher finanzieller Ressourcen verneint. Trotzdem ist Wohnraum als Priorität bei der Anwerbung von Fachkräften vielen großen Ausbildungswerken bewusst, wie am Beispiel der Deutschen Bahn sichtbar wird:

„Die Bereitstellung von günstigem Wohnraum, z. B. Azubiwohnheime, ist wichtig und hat eine hohe Priorität. Die Lösung dieser Frage wird mit darüber entscheiden, ob wir unseren hohen Nachwuchskräftebedarf in den nächsten Jahren decken können“ (Beatrice Heß, Deutsche Bahn, Antwort auf eine schriftliche Anfrage von Minor)

Aktuelle Probleme und Lösungsansätze für mehr Azubiwohnheime

Die Schaffung zusätzlicher Azubiwohnheime steht vor einer Reihe von Herausforderungen, die in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung verankert sind. Eines der Probleme liegt in der Vergangenheit, als Berliner Betriebe ihre eigenen Azubi-Wohnheime leer stehen ließen, verkauften oder keine neuen Kooperationen eingingen. Ein prägnantes Beispiel hierfür ist das verlassene ehemalige Telekom-Azubi-Wohnheim am Mainzer Tor.

Eine zusätzliche Hürde beim Bau neuer Azubiwohnheime stellt die geografische Verteilung der Ausbildungsbetriebe dar, die im Gegensatz zu den Universitäten weit über das Stadtgebiet verstreut sind und entsprechend nicht durch ein oder zwei konzentrierte Wohnangebote für Azubis gelöst werden kann. In den wenigen Azubiwohnheimen Berlins, von denen sich eines am Stadtrand befindet, kommt es trotz großer Nachfrage immer wieder zu kurzfristigen Absagen von Auszubildenden. Ein Grund dafür könnten die langen Anfahrtswege zum Ausbildungsbetrieb sein (Interview Camilla Richter/Christin Richter, SenASGIVA).

Im Rahmen der Analyse wurden verschiedene Lösungsansätze identifiziert, die dazu beitragen könnten, den Ausbau von Azubiwohnheimen voranzutreiben. Eine zentrale Idee besteht darin, Ausbildungsbetriebe zusammenzubringen, um eine gemeinsame Lösung zu finden: Diese Initiative könnte durch die Gründung eines Netzwerks von Bedarfsträgern unterstützt werden, das Kooperationen mit (städtischen) Bauunternehmen eingeht, um gemeinsam Lösungen für den Bau von Azubiwohnheimen zu erarbeiten. Dieser Ansatz könnte auch kleine Betriebe darin unterstützen, ihre Attraktivität durch Möglichkeiten von Azubiwohnungen zu erhöhen (Alexandra Stammer, Berlinovo, Antwort auf eine schriftliche Anfrage von Minor).

Als Idee diskutiert wird die Kooperation von Immobilienunternehmen und Betrieben: Betriebe stellen Grundstücke bereit, während die Wohnungsbaugesellschaften für den Bau und die Bewirtschaftung der Azubiwohnheime verantwortlich sind. Die erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen müssten von der Politik geschaffen werden.

Diese vielversprechende Kooperationsmöglichkeit in Form einer „Public Private Partnership“ ist am Beispiel des Azubiwerks München zu sehen. Hier arbeiten Betriebe und Wohnungsbaugesellschaften eng zusammen, um den Wohnraumbedarf der Auszubildenden zu decken.

Ein weiteres Beispiel ist die Entwicklung des ehemaligen Wenckebach Klinikums, das nun nach jahrelangen Kooperationsgesprächen zum Ausbildungscampus für Nachwuchskräfte von Charité und Vivantes umfunktioniert werden soll. Dieser Campus wird Wohnungen für Mitarbeiter*innen- und Azubi-Wohnungen umfassen. Mit dem entstehenden Pflegecampus soll die Zahl der ausgebildeten Fachkräfte in Berlin deutlich erhöht werden. Bis zu 3.700 Pfleger*innen sollen ausgebildet werden und dabei gleichzeitig Wohnungen für die Auszubildenden auf dem Gelände entstehen (Schöbel 2022).

Abschließend wird von einigen der interviewten Akteur*innen betont, dass die bundesweite Förderung „Junges Wohnen“ deutlich aufgestockt werden muss, um den wachsenden Herausforderungen gerecht zu werden.

4. Fazit und Ausblick

Die vorliegende Untersuchung über die Zusammenhänge zwischen der Wohnungssituation und der Berufsausbildung von Auszubildenden in Berlin im Kontext von Azubiwohnen verdeutlicht den bestehenden Handlungsbedarf. Ziel war es, eine erste Bedarfsanalyse zum Thema Azubiwohnen in Berlin zu erstellen und somit eine Grundlage für weiterführende Untersuchungen zu diesem komplexen Thema zu schaffen. Aufgrund der Heterogenität der Gruppe der Auszubildenden sind allgemeine Aussagen zwar schwierig, doch lassen sich zentrale Aspekte herausarbeiten.

Vor dem Bau von Azubiwohnheimen ist eine umfassende Analyse der Bedarfe unerlässlich. Ein zentraler Aspekt bei dieser Bedarfsanalyse ist die Mobilitätsbereitschaft der Auszubildenden. Obwohl spezifische Daten für Berlin noch fehlen und zukünftig erhoben werden sollen, zeigen Studien aus anderen Regionen, dass die Nähe zum Ausbildungsort für Auszubildende von großer Bedeutung ist. Die in diesem Bericht analysierten Daten des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) weisen darauf hin, dass Berliner Auszubildende im Durchschnitt trotz kürzerer Entfernungen mehr Zeit für das Pendeln zur Ausbildung benötigen als der gesamtdeutsche Durchschnitt, was einen wichtigen Indikator für die Bedarfsanalyse darstellt.

Der Bedarf an Wohnheimen für Auszubildende in Berlin wird auch durch die Tatsache unterstrichen, dass junge Menschen gerne allein wohnen würden, wie gesamtdeutsche Daten sowie Aussagen der interviewten Berliner Expert*innen zeigen. Gleichzeitig weisen Wohnexpert*innen darauf hin, dass der Berliner Wohnungsmarkt für Auszubildende nicht genug geeignete Wohnungen bietet, da die meisten Wohnungen zu groß sind. Das Beispiel des Wohnheims für Auszubildende in Oberschöneweide zeigt zudem, dass das Interesse der jungen Menschen an dieser Wohnform die vorhandenen Kapazitäten deutlich übersteigt. Die Tatsache, dass Ausbildungsbetriebe früher eigene Wohnheime betrieben haben, zeigt Möglichkeiten für die erneute Nutzung von betrieblichen Wohnheimen auf. Angesichts der Pläne Berlins, eine bedeutende Zahl neuer Ausbildungsplätze zu schaffen, wird der Bedarf an Azubiwohnheimen voraussichtlich weiter steigen.

Die neuerschienene Studie der Bertelsmann Stiftung bestätigt dies: Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen wünschen sich vor allem bezahlbaren Wohnraum während ihrer Ausbildung sowie finanzielle Unterstützung bei einem Umzug. Zudem sind sie der Ansicht, dass die Politik auch in Bezug auf individuelle Unterstützungsangebote bei Ausbildungsproblemen, allgemeine finanzielle Hilfen und Fahrtkostenzuschüsse noch mehr tun könnte (Bertelsmann Stiftung 2024: 18).

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, durch weiterführende Forschung, bestenfalls in Form einer repräsentativen Befragung für Berlin, zu klären, in welcher Form dieser Wohnraum zur Verfügung gestellt werden soll: wünschen sich Berliner Auszubildende tatsächlich mehr Wohnheime oder weitere innovative, durchmischte Wohnnutzungsmöglichkeiten? Sollte die finanzielle Unterstützung ausgebaut werden, ist verstärkte Informationsarbeit essenziell, da viele der befragten Personen auf das fehlende Wissen der jungen Menschen über die Existenz und Funktionsweise solcher Unterstützungsmaßnahmen, wie dem Wohnberechtigungsschein (WBS), hinweisen.

Weiterhin ist zu untersuchen, welche Form von Azubiwohnangeboten den Grundbedarfen der Auszubildenden gerecht wird. Expert*innen weisen darauf hin, dass junge Menschen kleine, voneinander getrennte Apartments bevorzugen. Ein ausgewogenes Angebot, das sowohl die Förderung der Eigenständigkeit als auch ganzheitliche Unterstützung, etwa bei psychischen Belastungen während der Ausbildung und beim Ausfüllen von Formularen, umfasst, muss gefunden werden. Azubiwohnheime bieten den Vorteil, dass sie Auszubildende an einem Ort versammeln und die Beratungsangebote direkt erreichbar sind. Auch hier wäre eine weitergehende Untersuchung zu den spezifischen Erwartungen und Wünschen der jungen Menschen von Vorteil.

Schließlich stellt sich die Frage nach konkreten Umsetzungsstrategien der Politik. Die Ergebnisse der Untersuchung weisen auf den Bedarf eines Regelwerks für den Bau von Azubiwohnheimen hin. Während es für Studierendenwohnheime klare Vorgaben gibt, fehlt dies bei Azubiwohnheimen. Interviews und Gespräche zeigen den Wunsch nach klaren Zuständigkeiten, beispielsweise indem bei einer bestehenden Kooperation das Immobilienmanagement bei den Wohnungsunternehmen verbleibt und die Betriebe die Grundstücke zur Verfügung stellen. Dies würde eine doppelte Belastung verhindern, insbesondere für kleinere Unternehmen.

Eine solche Kooperationsform unter der Leitung der Politik wäre wünschenswert. Zudem sollte der Dialog mit den Betrieben intensiviert werden, um die Ursachen für das fehlende Interesse am Betreiben von eigenen Azubiwohnheimen herauszuarbeiten und gemeinsam Voraussetzungen zu finden, unter denen sie selbst bauen oder Kooperationen eingehen würden. Neben der Befragung der Auszubildenden selbst ist daher auch ein weiterer Austausch mit den Berliner Betrieben essenziell.

Literaturverzeichnis

- [asum] Angewandte Stadtforschung und Mieterberatung, 2024: Mietbelastung in Berlin: Welche Mieten können sich Berliner Haushalte leisten? Eine Analyse auf Basis der Daten des Mikrozensus Wohnen 2022 im Auftrag des Berliner Mietervereines. Berlin.
- Bath, D., 2018: Berliner Kliniken bauen erstes Azubi-Wohnheim. <https://www.morgenpost.de/berlin/article215737835/Berliner-Kliniken-bauen-erstes-Azubi-Wohnheim.html> (15.07.2024).
- Bertelsmann Stiftung, 2024: Ausbildungsperspektiven 2024. Eine repräsentative Befragung von jungen Menschen. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/ausbildungsperspektiven-2024-1> (13.08.2024).
- [BMBF] Bundesministerium für Bildung und Forschung. Ausbildungsabbrüche vermeiden – neue Ansätze und Lösungsstrategien. Band 6 der Reihe Berufsbildungsforschung. Bonn. Berlin 2009, S. 12-14.
- [BIBB] Bundesinstitut für Berufsbildung, 2024a: Datenreport zum Berufsbildungsbericht. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Vorversion, Stand: 08.05.2024., S. 201-204.
- [BIBB] Bundesinstitut für Berufsbildung, 2024b: Auswertung der Befragung von Bewerberinnen und Bewerbern um Ausbildungsstellen, durchgeführt von der Bundesagentur für Arbeit und vom Bundesinstitut für Berufsbildung. Sonderanfrage beim Bundesinstitut für Berufsbildung (Datenübermittlung: 24.06.2024).
- DGB-Jugend, 2022: Ausbildungsreport 2022: Schwerpunkt Berufsorientierung. Berlin: DGB-Bundesvorstand, S. 18-20.
- Fair mieten – fair wohnen. Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, 2023: Dokumentationsbericht 2023. Beratungsanfragen, Ratsuchende, Diskriminierungsmerkmal. https://fairmieten-fairwohnen.de/wp-content/uploads/2024/07/FMWF_Dokumentationsbericht_2023.pdf (23.07.2024).
- [G.I.B] Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH, 2024: Artikel Jugend und Beruf. Duale Berufsausbildung unter Druck. Warum vorzeitige Vertragslösungen zunehmen und wie man sie verhindern kann. G.I.B. - Beiträge zur Arbeits- und Sozialpolitik 2024/14. <https://www.gib.nrw.de/veroeffentlichungen/download-gib-beitraege/download-datei-g-i-b-beitraege-2024-14-vorzeitige-vertragsloesungen/view> (16.08.2024).
- Heggen, M., 2023: Pressemitteilung 20.09.2023. Wohnen für Beschäftigte: Internationale Pflegekräfte beziehen Apartmenthaus. https://www.charite.de/service/pressemitteilung/artikel/detail/wohnen_fuer_beschaeftigte_internationale_pflegekraefte_beziehen_apartmenthaus/ (05.08.2024).
- [IHK Berlin] Industrie- und Handelskammer, 2021: TOP-100-Arbeitgeber in Berlin 2021. <https://www.ihk.de/blueprint/servlet/resource/blob/2261072/e7eac6bfa016e8000653eddd4f8edcde/liste-der-100-groessten-arbeitgeber-berlins-data.pdf> (01.08.2024).

- [IHK Berlin] Industrie- und Handelskammer, 2024: Jetzt gemeinsam Fachkräftelücke schließen!. <https://www.ihk.de/berlin/politische-positionen-und-statistiken-channel/erklaerung-fachkraefte-5744784> (06.07.2024).
- [IHK Nord Westfalen] Industrie- und Handelskammer, 2023: Azubis wollen nah am Arbeitsplatz wohnen. Umfrage von IHK und HWK bei Auszubildenden. <https://www.ihk.de/nordwestfalen/aktuelles/pressemeldungen/pressemeldungen2023/september2023/azubis-arbeitsplatz-5911622> (19.07.2024).
- Koalitionsvertrag 2023-2026: Das Beste für Berlin. <https://www.berlin.de/rbmskzl/politik/senat/koalitionsvertrag/> (16.08.2024).
- Kolping Jugendwohnen, 2024a: Über uns. Kolping Azubi- und Jugendwohnen. <https://www.kolping-jugendwohnen.de/ueber-uns/> (16.08.2024).
- Kolping Jugendwohnen, 2024b: Für Jugendämter. Infos für Jugendämter und Jugendberufshilfen. <https://www.kolping-jugendwohnen.de/fuer-jugendaemter/>(01.08.24).
- Kolping Jugendwohnen, 2024c Neubau für Azubis BERLIN-MITTE. <https://www.kolping-jugendwohnen.de/neubau-berlin-mitte/> (23.07.2024).
- Land Berlin, 2024: Kooperationsvereinbarung Leistbare Mieten, Wohnungsneubau und Soziale Wohnraumversorgung. https://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/wohnraum/wohnungsbaugesellschaften/download/KoopV_2024.pdf (16.08.2024).
- Schnetzer, S. / Hampel, K. / Hurrelmann, K., 2024: Trendstudie Jugend in Deutschland. Verantwortung für die Zukunft? Ja, aber. Kempten: Datajockey Verlag.
- Schöbel, S., 2022: Wenckebach-Klinikum. Ausbildungs-Campus für Pflegekräfte soll in Tempelhof entstehen. <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2022/09/pflegecampus-berlin-tempelhof-wenckebach-klinikum.html> (05.08.2024).
- [SenASGIVA] Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung: Landesausschuss für Berufsbildung, 2023: Beschluss „Azubi-Wohnen“, Berlin.
- [SenSBW] Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, 2023: Euer Zuhause. Unser Auftrag. Neue Wohnungen in der ganzen Stadt. <https://www.berlin.de/zuhause/> (05.08.2024).
- [SenSBW] Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, 2024: Wohnberechtigungsschein (WBS). <https://www.berlin.de/sen/wohnen/wissen-fuer-mieter/berliner-mietratgeber/wohnberechtigungsschein/> (13.08.2024).
- Stadtentwicklungsplan Wohnen 2030, 2019: KOMPAKT. <https://www.berlin.de/sen/stadtentwicklung/planung/stadtentwicklungsplaene/step-wohnen-2030/> (15.07.2024).
- Statista, 2024a: Entwicklung der Angebotsmieten für Wohnungen in Berlin von 2012 bis zum 1. Quartal 2024. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/535119/umfrage/mietpreise-auf-dem-wohnungsmarkt-in-berlin/> (23.07.2024).

- Statista, 2024b: Entwicklung und Prognose des geförderten Mietwohnungsbestands in Berlin in den Jahren von 2012 bis 2033. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1384295/umfrage/entwicklung-und-prognose-des-bestands-an-sozialwohnungen-in-berlin/> (23.07.2024).
- Statista, 2024c: Wie wohnst du aktuell und wie würdest du gerne wohnen? <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1203107/umfrage/ohnsituation-von-azubis-in-deutschland/> (17.07.2024).
- Studis-online.de, 2024: Über 100 Städte in der Übersicht. Wo kostet ein WG-Zimmer aktuell wieviel? <https://www.studis-online.de/studienkosten/wg-zimmer-mietspiegel.php> (24.07.2024).
- Wirtschaftskraft, 2024: Studie „Jugend in Deutschland“: Angst vor überbeuertem Wohnraum. <https://wirtschaftskraft.de/artikel/studie-jugend-in-deutschland-angst-vor-ueberteuer-tem-wohnraum> (23.07.2024).
- Wieland, S. / Spital, S. / Bodelschwingh, A.; 2022: Machbarkeitsstudie Azubi-Wohnen in Frankfurt am Main im Auftrag der: Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH. https://www.iwak-frankfurt.de/wp-content/uploads/2023/04/Machbarkeitsstudie_Azubi-Wohnen_Frankfurt.pdf (25.07.2024).

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Gewünschte und tatsächliche Wohnsituation von Auszubildenden in Deutschland im Jahr 2020	11
Abbildung 2 Entfernung zu dem Ausbildungsbetrieb/der Ausbildungsstätte von Auszubildenden in Berlin und bundesweit.	13
Abbildung 3: Länge des täglichen Weges zu dem Ausbildungsbetrieb/der Ausbildungsstätte von Auszubildenden in Berlin und bundesweit.	14
Abbildung 4: Länderübergreifende Einpendler- und Auspendlerquote.	15
Abbildung 5: Einpendlerquote nach Bundesland.....	16
Abbildung 6: Saldo Einpendler*innen – Auspendler*innen.	17
Abbildung 7: Standorte der Azubiwohnheime in Berlin. Eigene Darstellung nach OpenStreetMap © Minor.....	27

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Übersicht über 18 interviewte Personen	4
Tabelle 2: Mindestausbildungsvergütung im 1. Lehrjahr in den letzten fünf Jahren.	8

Impressum

Das Projekt „European Labour Lab Berlin“
ist ein Projekt von



Alt-Reinickendorf 25
13407 Berlin
Tel.: +49 30 – 45 79 89 500
E-Mail: minor@minor-kontor.de

www.minor-kontor.de
<https://minor-kontor.de/european-labour-lab-berlin/>

Gefördert von der Senatsverwaltung für
Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integra-
tion, Vielfalt und Antidiskriminierung

